



Nr. 5

Mai 2007
Jahrgang 59
D 4713

metall

Das Monatsmagazin der IG Metall



Tarifrunde 2007

**Mit Schwung
in den Mai**

Discounter

Markt macht die Preise

Ratgeber

Rechte der Leiharbeiter



Foto: IG Metall / Renate Schildhauer

»Wir brauchen anständige Tarifverträge, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und Mindestlöhne. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Die Regierungsparteien dürfen sich nicht länger auf Sonntagsreden beschränken. Aber auch wir sind gefordert. Wir haben zwar mehr verdient. Geschenkt bekommen wir deswegen noch lange nichts.«

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Mehr Respekt für unsere Arbeit

»Du hast mehr verdient. Mehr Respekt. Soziale Sicherheit. Gute Arbeit.« Der 1.-Mai-Aufruf des DGB bringt die Dinge auf den Punkt. Einerseits explodierende Unternehmensgewinne, steigende Aktienkurse und sinkende Unternehmenssteuern. Andererseits Druck auf Löhne und Gehälter, mehr unsichere Arbeitsplätze, sinkende Renten und höhere Steuern für Verbraucher. Wir haben in der Republik nicht nur eine soziale Schieflage – wir haben einen verteilungspolitischen Skandal.

Unser Grundgesetz sagt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Doch tagtäglich wird die Würde des Menschen verletzt. Beschäftigte werden zum Spielball der Finanzmärkte. Ein sicherer Arbeitsplatz, ein Einkommen, das zum Leben reicht, eine Rente, die den Lebensabend sichert, eine gute Ausbildungsstelle – das alles ist immer häufiger Fehlanzeige.

Ein Blick auf die Zeitungsschlagzeilen beweist es. Die privatisierte Telekom will zehntausende Beschäftigte zwingen, für weniger Geld länger zu arbeiten. Der Weltkonzern Siemens spielt mit der Existenz der Beschäftigten von VDO. Und viele Firmen ersetzen Festangestellte durch Leiharbeiter, weil sie billiger sind. Das Ziel ist jedes Mal: mehr Rendite. Die Bundesregierung lobt sich, weil die Arbeitslosenzahlen sinken. Doch Fakt ist: Der wirtschaftliche Aufschwung geht an den meisten Menschen vorbei. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist erfreulich. Noch erfreulicher aber wäre, wenn es sich dabei nicht um unsichere, sondern um reguläre und angemessen bezahlte Arbeit handeln würde.

Wissenschaftler sprechen hier häufig vom Zuwachs des »prekären Sektors«. Ich drücke es lieber konkreter aus: Es gibt immer mehr unsichere Arbeitsplätze mit einem Lohn, der zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Die Arbeitgeber missbrauchen die Massenarbeitslosigkeit, um Menschen in unwürdige Arbeitsverhältnisse zu zwingen. Deshalb brauchen wir dringend einen Schutz gegen Lohndumping und Billiglöhne. Wir brauchen anständige Tarifverträge, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und Mindestlöhne. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Die Regierungsparteien dürfen sich nicht länger auf Sonntagsreden beschränken. Aber auch wir sind gefordert. Wir haben zwar mehr verdient. Geschenkt bekommen wir deswegen noch lange nichts. Die Arbeitgeber wollen uns mit einem Angebot abspeisen, das weder der wirtschaftlichen Lage noch den Ansprüchen der Beschäftigten gerecht wird. Auch in dieser Tarifbewegung müssen wir deshalb für eine anständige Lohnerhöhung kämpfen.

»Mehr Respekt. Soziale Sicherheit. Gute Arbeit.« Dafür lohnt es sich einzusetzen. Am 1. Mai und darüber hinaus.

Jürgen Peters

Kfz

500 neue Mitglieder und 10 000 Beschäftigte aus 286 Betrieben des Kfz-Gewerbes in Nordrhein-Westfalen folgten am 27. März dem Aufruf zum Warnstreik. Einen Tag nach dem Warnstreik erklärten sich die Arbeitgeber zur Fortsetzung der Tarifverhandlung bereit.

Seite 4



Foto: Manfred Vollmer



Foto: Imagoeconomica / pa

Aldi, Lidl, Kik und Co

Mit Textilien setzen Discounter wie Aldi und Lidl Milliarden um. Die Schnäppchen sind beliebt und bringen den Unternehmen Gewinne. Den Preis zahlen Arbeiterinnen in China und Indonesien, wie eine neue Studie über Aldi-Zulieferer des Instituts Südwind zeigt.

Seite 16

Aus der Redaktion

Haben wir Ihre richtige Postanschrift?

In der letzten Ausgabe baten wir unsere Leserinnen und Leser, die **metall** per Post erhalten, die Adressangaben auf der Rückseite zu überprüfen – steht dort der korrekte Vor- und Nachname und die aktuelle Anschrift? Auch bei den Namen können durch ausgeschriebene Umlaute (oe=ö, ue=ü, ae=ä) oder Sonderzeichen (zum Beispiel: ss=ß) die Angaben nicht ganz korrekt sein. Ist die Postleitzahl, Ortsname, Straße und Hausnummer korrekt? Änderungen melden Sie bitte an Ihre Verwaltungsstelle oder direkt an unseren Vertrieb per E-Mail (vertrieb@igmetall.de), per Fax (069 – 6693-2538) oder per Post (Postanschrift: IG Metall Vorstand, Ressort Vertrieb, 60519 Frankfurt am Main). Bei einem Umzug bitte die neue Anschrift möglichst frühzeitig an die Verwaltungsstelle melden. Wir haben eine Menge geänderter Daten bekommen. Trotzdem bitten wir nochmals um Prüfung.

Editorial

Jürgen Peters über die soziale Schieflage. 2

Magazin

Kfz: Etappe gewonnen 4

BenQ: UEFA-Sponsor ohne Fairplay 5

Schieder: Insolvenz vorerst abgewendet 6

Titel

Tarifrunde 2007:
Schlagende Argumente für graue Herren 8

Arbeitgebernahe Organisationen

AUB: Fast alles zerstört. 11

Ausbildung

Gekränkt, gedemütigt und ausgenutzt 12

Serie über Europa

Bilanz der Osterweiterung 14

Betriebsreport

Autohaus Wolfsburg 15

Discounter

Marktmacht bestimmt die Preise 16

Internationales

Den Multis auf die Finger schauen 18

Maschinenbau

Neuer Rekord in Sicht 20

Porträt

Zu Besuch bei Franz Steinkühler 23

Ratgeber

Leiharbeit 24

Gesundheitstipps 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom

Wilfried Kurtzke über die Mehrwertsteuer 30

Regionales

Aus den Bezirken 32

Lokales/Karikatur 35

Impressum/Leserbriefe 22

Titel: Montage: Michael Schinke, Fotos: Jan-Peter Kasper / Marijan Murat (dpa/pa)

Kfz-Handwerk

Etappe gewonnen

Damit hatte selbst die IG Metall nicht gerechnet: 500 neue Mitglieder und 10 000 Beschäftigte aus 286 Betrieben des Kfz-Gewerbes in Nordrhein-Westfalen folgten am 27. März dem Aufruf zum Warnstreik. Die Arbeitgeber hatten in der dritten Tarifverhandlung am 8. März den Ausstieg aus dem Flächentarif angedroht.

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, bezeichnete diese Gefahr als »Herausforderung der gesamten IG Metall«. In den neuen Bundesländern und in Niedersachsen existieren bereits keine Flächentarifverträge mehr mit den Landesinnungen, sondern teilweise nur noch mit Tarifgemeinschaften. Sollte sich auch das Kfz-Gewerbe NRW aus der Tarifpolitik verabschieden, »werden andere Gewerke folgen«, warnte IG Metall-Betriebsleiter Detlef Wetzels. Einen Tag nach dem Warnstreik er-

klärten sich die Arbeitgeber zur Fortsetzung der Tarifverhandlung bereit.

Doch in der vierten Runde am 3. April weigerten sie sich hartnäckig, die bereits vorliegenden Tarifabschlüsse von 2,5 Prozent mehr Lohn auch für NRW gelten zu lassen. Erst in allerletzter Minute akzeptierten sie diese Forderung.

Für Oliver Burkhard, den Leiter des Funktionsbereichs Tarifpolitik beim IG Metall-Vorstand, ist der Tarifabschluss »ein ausgezeichnete tarif- und organisationspolitischer Erfolg«. Er besitze bundesweit

Bedeutung. »Wir haben hier bewiesen, dass wir auch im Handwerk handlungsfähig sind.«

Diesen Beweis wird die IG Metall erneut antreten müssen. Dessen ist sich Werner Birkhahn, der Verhandlungsleiter der IG Metall in NRW für das Kfz-Gewerbe, absolut sicher. »Wir haben allen Grund, stolz zu sein«, sagt er, aber auch: »Niemand sollte glauben, die Sache sei schon gelaufen.« Denn die Kfz-Arbeitgeber haben bereits angekündigt, den Manteltarifvertrag zum Jahresende zu kündi-

gen. Ihnen schwebt ein – so wörtlich – von allem »sozialpolitischen Brauchtum« befreiter Tarifvertrag vor. Sie wollen »die Grundarbeitsbedingungen« zur Disposition stellen. Also beispielsweise Arbeitszeit, Urlaub und Jahressonderzahlung.

Die IG Metall NRW bereitet sich darauf vor. Sie hat sogar einen Mitarbeiter zusätzlich eingestellt. Und sie verstärkt die Mitgliederwerbung. Während des jüngsten Tarifkonflikts hat sie bereits mehr als 500 neue Mitglieder gewonnen. ◀



Warnstreik im Kfz-Handwerk NRW: »Wir haben bewiesen, dass wir auch im Handwerk handlungsfähig sind«

Foto: Manfred Vollmer



PFLAUME DES MONATS

Michael Glos

Als Minister hat Mann oder Frau es nicht leicht. Irgendwie gibt es so viele, und wer kann sich schon all' die Namen merken? Müller, Meier, Fischer oder so. Ja, Bundeskanzler, das ist einfach. Gibt's ja nur einen oder eben eine. Aber wer weiß schon, wie der Wirtschaftsminister heißt? Na? Sehen Sie. Das hat **Michael Glos** gemerkt, einen guten Zeitpunkt abgewartet (die Bundeskanzlerin

war gerade in Urlaub) und mal so richtig dummes Zeug erzählt (nur sowas kommt in die »Bild«). Jetzt wo der Finanzminister, der Dingsda, so viel Geld hat, will er, der Glos, den Menschen ihre Steuern erlassen. Nach dem Motto: Is' nich' mein Geld, also verschenk' ich es mal. War ja klar, dass das nichts wird. Macht nix, dachte sich Glos, Hauptsache es wurde mal über ihn geredet.

Textilindustrie

Im Osten drei Prozent mehr Geld

Ab Juni haben die Beschäftigten und Azubis in der ostdeutschen Textilindustrie mehr Geld auf ihrem Konto.

In der dritten Verhandlungsrunde gelang es der IG Metall, drei Prozent höhere Entgelte durchzusetzen. Ab Juli 2008 gibt es noch einmal 2,7 Prozent obendrauf. Wer zum Beispiel jetzt in der Entgeltgruppe 3 ist und 1693 Euro verdient, hat ab Juni 51 Euro mehr im Monat. Bis März 2009 summiert sich sein Zuwachs gegenüber heute auf 1536 Euro. Der Tarifvertrag läuft bis Ende März 2009. Bis

dahin wird auch der Altersteilzeitvertrag verlängert.

Viele Beschäftigte hatten die Tarifrunden mit Aktionen in und außerhalb von Betrieben begleitet. Wie in Zwickau, wo im März rund 1500 Metallerinnen und Metaller zum »Tarifpolitischen Open-Air« kamen. Für Westdeutschland war schon 2006 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Er läuft noch bis Ende Februar 2008. Im Westen gibt es ab Mai zwei Prozent mehr Geld – nach einer ersten Erhöhung um 2,5 Prozent im vergangenen November. ◀

BenQ

UEFA-Sponsor ohne Fairplay

Der taiwanesischer Konzern BenQ, durch dessen Pleite in Deutschland Tausende von Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren haben, will sich in der Öffentlichkeit als Vertreter des sportlichen Fairplay präsentieren. Die gescheiterten Handy-Hersteller treten als einer der Hauptsponsoren der Fußball-Europameisterschaft auf, die 2008 in der Schweiz und Österreich angepfiffen wird.

Verbitterung bei den Betriebsräten und der früheren Belegschaft von BenQ in Kamp-Lintfort: In einem offenen Brief wenden sie sich an den gerade neu gewählten UEFA-Präsidenten Michel Platini und fordern ihn auf, BenQ als Sponsor wieder auszuladen.

In ihrem Schreiben heißt es: »Wir möchten und können der UEFA nicht vorschreiben, mit welchen Unternehmen sie Sponsoring-Verträge abschließt. Wir erwarten jedoch, dass sich Sponsoren der UEFA an den allgemeinen Kriterien des Sports wie Fairness und moralischer Integrität messen lassen müssen. Ein Unternehmen, das durch den Entzug von 500 Millionen

Euro die Vernichtung von über 3000 Arbeitsplätzen billigend in Kauf nimmt, darf nicht als Sponsor für die Fußball-EM auftreten.« Die Millionen Fußball-Fans sollten sich auf fairen Sport freuen können und nicht durch Werbeauftritte an das unsoziale Verhalten des taiwanesischen Konzerns erinnert werden. »Zeigen Sie BenQ die Rote Karte,« forderten sie.

Von den moralischen Ansprüchen, die im Sport gelten, ist BenQ meilenweit entfernt. BenQ hat sich bisher strikt geweigert, finanzielle Entschädigungen an die früheren Mitarbeiter zu zahlen. Die deutsche Staatsanwaltschaft prüft derzeit, ob vor der Pleite in Deutschland Geld nach Taiwan geschafft wurde. Von bis zu einer halben Milliarde Euro ist die Rede. ◀



Spieler von Real Madrid: »Zeigen Sie die Rote Karte«

TRW Automotive Chassis Systems, Gellep

Kündigungen weg gekämpft

Nach 25 Stunden Arbeitsniederlegung musste die Werksleitung des US-Automobilzulieferers TRW zehn Kündigungen wieder zurücknehmen.

Zehn kranke und schwerbehinderte Beschäftigte waren am 6. April gekündigt worden – entgegen vorheriger Absprachen mit dem Betriebsrat. Die Kolleginnen und Kollegen legten die Arbeit nieder und versammelten sich auf dem Parkplatz zu einer Protestaktion. Nach drei Schichten knickte die Werksleitung ein. Die Kündigungen sind vom Tisch.

Laut Betriebsrat wollte TRW mit krankheitsbedingten Kündigungen die bis 2009 laufende Beschäftigungssicherung unterwandern. Peter Behr von der IG Metall Krefeld unterstreicht die Solidarität der 454 Beschäftigten: »Ein hoffnungsvolles Zeichen und beispielgebend für andere Betriebe.«

TRW hat 19 deutsche Werke mit 12 200 Beschäftigten und gehört dem US-Finanzinvestiganten Blackstone, der unter anderem auch an der Telekom beteiligt und als Käufer bei Chrysler im Gespräch ist. ◀

Opel

Kein Werk schließt

Die nächste Generation des Opel-Astra wird in Deutschland, Schweden, Großbritannien und Polen gebaut. Damit ist das Überleben des Werks Bochum gesichert. Das Werk in Antwerpen wird nicht am Astra beteiligt sein, bekommt aber andere Modelle für die Produktion.

Bis Jahresende wird der Betriebsrat mit dem Management über Einsparmöglichkeiten verhandeln. In Bochum sollen nach ersten Plänen rund 700 Arbeitsplätze abgebaut werden. Zur Debatte stehen werden auch Löhne und Arbeitszeit. ◀

Außenansicht

Unternehmenssteuer-Reform

Reich beschenkt

Fast beschlossen: ein neues Wohltaten-Paket für Unternehmen und Reiche. Die Körperschaftsteuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften sinkt von 25 auf 15 Prozent. Zinsen und Dividenden werden nur noch mit 26 statt 44 Prozent



Sven Giegold, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

besteuert. Die Zeche zahlen Arbeitnehmer und Verbraucher: höhere Mehrwertsteuer, weniger Pendlerpauschale und Sparerfreibetrag. Zwar sind die deutschen Unternehmenssteuersätze mit 40 Prozent international Spitze. Tatsächlich zahlen Konzerne aber dank vieler Schlupflöcher nur 20 Prozent – deutlich weniger als Durchschnittsverdiener und auch im internationalen Vergleich wenig. Jetzt werden die Steuersätze radikal gesenkt, die meisten Schlupflöcher aber bleiben. Das Ergebnis: Allein das Steuerergeschenk für Unternehmen beträgt zehn Milliarden Euro jährlich. Deutschland unterbietet damit die EU-Nachbarn noch weiter. Die Alternative? Die Bundesregierung muss in Europa endlich das Unwesen von Steueroasen und Steuerwettbewerb beenden. Es kann nicht angehen, dass Länder wie Luxemburg, Irland und die Schweiz wirtschaftlich an der Spitze liegen und gleichzeitig Dumping-Steuersätze anbieten. Der EU-Binnenmarkt hat den Druck auf Löhne und soziale Sicherheit erhöht. Nun müssen strenge soziale und steuerliche Regeln her. ◀

CNH

Neuer Investor in Sicht

Der Kampf um eine Zukunft für das CNH-Werk in Berlin hat sich wahrscheinlich gelohnt. Ein Industrie-Investor will sich dem Vernehmen nach bald auf dem Gelände ansiedeln. Bis zu 150 Arbeitsplätze könnten dadurch entstehen. Der CNH-Betrieb, der früher zu dem traditionsreichen Unternehmen Orenstein&Koppel gehörte, war im vergangenen Jahr Schauplatz eines dramatischen Arbeitskamps gewesen. Der Fiat-Konzern, zu dem CNH gehört, wollte die Fabrik schließen und die Produktion nach Italien verlagern. Die Beschäftigten traten darauf hin in einen Streik, der 107 Tage dauerte. Mit Unterstützung der IG Metall erkämpften sie einen Sozialtarifvertrag und Abfindungen. Das Unternehmen wurde außerdem ver-



Foto: Christian von Polenz / Trans Berlin

Die Hoffnung auf eine Zukunft des Werkes nie aufgegeben: Die CNH-Belegschaft hielt 107 Tage Arbeitskampf durch

pflichtet, nach einem neuen Investor zu suchen. Rückzahlungsansprüche des Berliner Senats von 70 Millionen Euro Fördergeldern erhöhten das Bemühen um eine alternative Produktion. Der Betriebsratsvorsitzende Christian Fromm begrüßte die Entwicklung: »Für die Leute, die in die Beschäftigungsgesellschaft gegangen sind, ist das ein deutlicher Lichtblick.«



Foto: Joachim E. Rötgers / Getty

Kundgebung vor dem Böblinger Halbleiterwerk: Wut und Empörung über die »Heuschrecke«

NXP, Böblingen

»Nächste Erfahrung« Widerstand

Der Name des Böblinger Halbleiterwerks NXP kommt vom englischen »Next Experience« – nächste Erfahrung. Die 550 Beschäftigten fragen sich derzeit, ob ihre nächste berufliche Erfahrung die Arbeitslosigkeit sein wird. Das ehemalige Chip-Werk von IBM soll Ende 2007 dichtgemacht werden. Momentan heißt die »nächste Erfahrung« Widerstand.

Einst Europas modernste Chip-Fabrik, waren Mitte der 80er Jahre dort über 6000 Menschen beschäftigt. 1999 verkaufte IBM an den Philips-Konzern und der verscherbelte den

Rest im Oktober 2006 an den amerikanischen Finanzinvestor KKR (Kohlberg Kravis Roberts). Die Produktion sei nicht ausgelastet und Investitionen lohnten nicht mehr – so die Begründung von KKR für die Stilllegung. Das wies der Betriebsrat energisch zurück: »Das Werk ist in einem guten technischen Stand und höchst produktiv«, steht in einem Flugblatt. Deshalb sind Wut und Empörung über die »Heuschrecke« in der Belegschaft besonders groß. »Wir werden bis zum letzten Moment kämpfen«, sagt Betriebsratsvorsitzender Karl-Heinz Baumgarten. Die Ge-

schäftsleitung aus Hamburg war zuerst nicht einmal bereit, im Böblinger Werk zu verhandeln. »Sie wollten nur zum Flughafen kommen, keinen Stuttgarter Boden betreten«, sagt Uwe Meinhardt von der IG Metall Stuttgart. Das änderte sich nach der ersten Protestkundgebung. Zwar rückte KKR nicht von der Stilllegung ab, will aber neue Nutzungskonzepte prüfen. Ziel der IG Metall ist es, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und, wenn das unmöglich sei, sagt Uwe Meinhardt, wenigstens »zu verhindern, dass ein einziger von euch unter Hartz IV fällt«.

Möbelhersteller Schieder

Insolvenz vorerst abgewendet – Probleme bleiben

Bei Europas größtem Möbelhersteller, der Schieder-Gruppe, konnte offenbar eine Insolvenz vorerst abgewendet werden.

Das Unternehmen aus Schieder-Schwalenberg hatte aufgrund finanzieller Schwierigkeiten im April vorsorglich einen Insolvenzantrag gestellt. Nachdem Beschäftigte mit Unterstützung der IG Metall vor der Hauptverwaltung der Deutschen Bank demonstriert hatten, lenkte das Geldinstitut wenige Stunden später ein und gewährte Schieder einen Überbrück-

kungskredit, berichtet Reinhard Seiler, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Detmold.

»Wir sind erleichtert, aber nicht euphorisch«, sagt Seiler. Die Entscheidung der Deutschen Bank verschaffe Schieder lediglich finanziell wieder etwas Luft. So müssten etwa noch die März-Löhne gezahlt werden. Doch damit seien die Probleme nicht gelöst. Das Unternehmen habe sich zu Sanierungsplänen noch nicht geäußert. Für Seiler steht aber fest: »Wir wollen kei-

ne Sanierung auf Kosten der Beschäftigten«. Diese hätten ihren Anteil durch den Abschluss eines Sanierungstarifvertrags bereits geleistet.

»Jetzt ist das Management an der Reihe«, sagt Seiler. Aus seiner Sicht beruhen die Probleme auf einer völlig verschachtelten Struktur, in der die Geschäftsführung den Überblick verloren habe. Auch die Entscheidung, sich auf die Billigproduktion zu konzentrieren, habe zur Misere beigetragen.

Grundeinkommen

»DAS IST EIN SCHLECHTES GESCHÄFT«

Jeder bekommt vom Staat jeden Monat 600 Euro. Egal, ob er arm ist oder reich, berufstätig, Hausfrau, arbeitslos, Rentner oder Student. Auch der, der nicht arbeiten will. Das fordern so unterschiedliche Leute wie Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU), der Chef der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, und Katja Kipping von der Linkspartei. Über den Charme des zurzeit viel diskutierten Modells sprach metall mit SPD-Sozialpolitikerin Andrea Nahles.

metall: Klingt doch gut?

Andrea Nahles: Auf den ersten Blick ja. Aber für die Betroffenen wäre das von Althaus propagierte Modell ein schlechtes Geschäft. Das Grundeinkommen soll unter dem Arbeitslosengeld II liegen. Die 600-Euro-Pauschale ist ein All-inclusive-Paket, das keine zusätzlichen Leistungen wie Wohngeld vorsieht. Bedürftige sollen weniger erhalten, gut Verdienende und Arbeitgeber entlastet werden.

metall: Man könnte es auf bis zu 1500 Euro aufstocken, wie Linke oder Werner fordern.

Nahles: Das würde bis zu 1,2 Billionen Euro kosten – ein gigantisches Verteilungsvolumen, das gegenfinanziert werden



Foto: FR

Andrea Nahles, 36, ist Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der SPD, Bundestagsabgeordnete – und IG Metall-Mitglied

den müsste. Werner schlägt vor: durch 50 Prozent Mehrwertsteuer. Die wirtschaftlichen Folgen kann man sich ausmalen.

metall: Befürworter sagen, die Sozialversicherungsbeiträge könnten abgeschafft werden und geringfügig und schlecht bezahlte Arbeit würde attraktiv.

Nahles: Wenn alle Bürgerinnen und Bürger das Grundeinkommen erhalten, egal, ob sie bedürftig sind oder nicht, würde

dieses rein über Steuern finanzierte Sozialsystem viel teurer als unser jetziges System. Nur für die Arbeitgeber nicht, die bei so einem Kombilohn die Löhne drastisch drücken können. Ich finde es übrigens auch nicht unanständig, wenn jemand für Hilfe, die er von der Gemeinschaft erhält, auch nachweisen muss, dass er sie braucht. Andernfalls würde die Akzeptanz unseres Sozialsystems leiden – und die Motivation zu arbeiten. Die Wertschöpfung

würde geringer und damit das gesamte Gebäude der sozialen Sicherheit gefährdet.

metall: Ein Argument fürs Grundeinkommen ist: Vollbeschäftigung wird es nie mehr geben.

Nahles: Auch wenn es in den letzten 30 Jahren nicht gelungen ist, Vollbeschäftigung zu erreichen, ist das Ziel dennoch richtig. Die überwiegende Mehrheit der Menschen will berufstätig sein und sucht Anerkennung durch Arbeit. Wer dieses Ziel aufgibt, gibt damit auch das Recht auf Eingliederung und Qualifizierung auf. Das Grundeinkommen ist eine Ausgrenzungsprämie, auch wenn es die Befürworter nicht wahrhaben wollen.

metall: Gibt es Alternativen?

Nahles: Ja. Eine Grundsicherung für jeden Bedürftigen. Die bisherige ist zu bürokratisch, für zu wenige zugänglich und für einige Gruppen, wie Alleinerziehende mit Kindern, nicht ausreichend. Wahrscheinlich schaffen wir es noch dieses Jahr, den Kinderzuschlag auszubauen und das System einfacher zu machen. Außerdem einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für schwer Vermittelbare – 100 000 hat die Große Koalition schon vereinbart. Ferner: Rechtsanspruch auf Weiterbildung, Arbeitszeitverkürzungsmodelle und eine moderne Industriepolitik. ◀

Ihr Buch

Interessantes zum Grundeinkommen bietet das Buch »Unterschichten? Prekariat? Klassen?« von Björn Böhning, Klaus Dörre, Andrea Nahles. spw-Verlag, 2006. Im Internet bestellen unter: www.spw.de
►Aktuelles Buchprogramm



Was ist was?

► **Bedingungsloses Grundeinkommen:** Jeder Mensch, unabhängig von Einkommen und Alter hat einen gesetzlichen Anspruch. Die Höhe schwankt je nach Modell zwischen 600 und 1000 Euro. Abgezogen werden Beiträge für die Krankenversicherung (200 Euro). Bezahlte werden soll es aus Steuermitteln. Andere Sozialleistungen, wie Arbeitslosengeld, werden gestrichen, langfristig

auch die Rente. Damit entfallen Sozialversicherungsbeiträge.

► **Bürgergeld:** Dieses Modell unterstützt die FDP: Alle steuerfinanzierten Sozialleistungen sollen zu einer zusammengefasst, pauschaliert und strikt an Bedürftigkeit ausgerichtet werden. Anders als das Grundeinkommen ist es bei Arbeitsfähigen an eine Arbeitspflicht gekoppelt; bei Weigerung droht Kürzung.

AKTIONEN TARIFRUNDE 2007



Foto:Frank Rumpenhorst

Mainz Metalller von VW Kassel hauen auf die Pauken, was das Zeug hält: »Wir sind eine Gewerkschaft. Darum müssen wir zusammenhalten«, sagt Trommler Christoph Meyer. Gut 400 Beschäftigte aus Betrieben in Hessen, dem Saarland und Rheinland-Pfalz sind schon zur zweiten Tarifrunde an den Rhein gekommen, um sich für die heiße Phase »warm zu laufen« und den Arbeitgebern zu zeigen, dass sie was tun werden, um für sich einen gerechten Anteil an den wirtschaftlichen Erfolgen der Firmen durchzusetzen .

Schlagende Argumente für die **grauen Herren**

»Mogelpackung«, »Magerquark« oder schlicht einen »Witz« nannten IG Metall-Mitglieder das Angebot, mit dem die Arbeitgeber seit der zweiten Tarifrunde durch die Lande zogen. Mit vielfältigen Aktionen zeigten sie:

»Wir wollen für das, was wir leisten, fair bezahlt werden.« Von Sylvia Koppelberg

»Her mit dem Zaster. Sonst gibt's keine Laster«, ist auf dem Transparent zu lesen, das Metaller aus einem Lkw-Werk von MAN mitgebracht haben. Sie stehen auf dem Platz neben der Rheingoldhalle in Mainz mit rund 400 Kolleginnen und Kollegen von Bosch, ZF Getriebe, VW Kassel und anderen Betrieben – weithin sicht- und hörbar dank mitgebrachter Fahnen, Transparente und Trommeln. Nach kurzer Zeit mischt sich ein Arbeitgeber in die Menge. Bereitwillig überlässt man ihm das Mikrofon. »Bei allem unternehmerischen Risiko bieten wir drei Prozent«, sagt er, und erntet dafür auf dem Platz Pfiffe und Buhrufe. »Unsere Erfahrung ist, dass das unternehmerische Risiko immer nur wir tragen«, hält ihm ein Demonstrant aus Nordhessen entgegen.

Es gehe auch darum, Arbeitsplätze zu schaffen, redet der Arbeitgeber weiter. Das gehe nur, wenn die Löhne nicht zu stark steigen. Noch mal widerspricht der Metaller. »In der Tarifrunde vor einem Jahr haben die Arbeitgeber gesagt, der Abschluss koste Arbeitsplätze. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten. Weil sich die Nachfrage verbessert hat, sind zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.«

Wenig später Szenenwechsel: Konferenzraum im benachbarten Hilton-Hotel, das einen direkten Zugang zur Mainzer Spielbank hat. Dort mag es an diesem Tag Gewinner geben, im Konferenzraum nicht. Zwei lange Tischreihen. Auf der einen Seite 24 Mal die gleichen dunkelgrauen Anzüge, dazwischen zwei mittelgraue. 26 Männer, die aussehen wie die »Grauen Herren« aus Michael Endes Roman »Momo«: die Arbeitgeber der Verhandlungsdelegation. Auf der anderen Seite, kleidungsmäßig etwas aufgelockerter und durch einige Frauen bereichert: die Verhandlungskommission der IG Metall. Es ist

die zweite Tarifrunde für die »Mittelgruppe«, also für die Metall-Beschäftigten in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.

»Das nimmt kein Mensch ernst«

Einige Tage vorher hatten die Arbeitgeber in Stuttgart ihren ersten »Lösungsvorschlag« gemacht. Ein Angebot, das Metaller, weil es kurz vor Ostern war, »faule Eier« nannten. Oder zeitlos schön »Magerquark«. Geboten wurde eine Lohnerhöhung, die nach einem Jahr auf 1,5 Prozent schrumpfen kann. Denn nur 2,5 Prozent sollten von Dauer sein und die restlichen 0,5 Prozent nur Zulage, die

nach Ende der Tariffaufzeit weg wäre, ein Lohn mit Verfallsdatum also. Außerdem sollten die Betriebe das Weihnachtsgeld um bis zu 15 Prozent variieren können, also auch kürzen. »Das ist ein Witz. Das nimmt doch kein Mensch ernst«, kommentierte Wolfgang Berz, Betriebsratsvorsitzender bei den Bergischen Achsen im nordrhein-westfälischen Wiehl, das Stuttgarter Angebot. Er war – wie IG Metall-Mitglieder in der gesamten Republik – stinkesauer.

»Ihr Angebot zeugt von keinem Respekt vor dem, was die Beschäftigten leisten«, sagte Armin Schild, Verhandlungsführer der IG

»Mit dem Angebot der Arbeitgeber ist es wie beim Zwiebelschneiden. Ist die Schale weg, kommen einem die Tränen.«

Jörg Hofmann, IG Metall Baden-Württemberg, nach dem ersten Angebot



Bremen

Süß und trotzdem schwer verdauliche Kost für die Arbeitgeber: Bevor die dritte Verhandlungsrunde für die rund 150 000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie an der Küste beginnt, verteilt ein Azubi »Amerikaner« mit rotem Zuckerguss und der weißen Aufschrift »6,5 %«.

AKTIONEN TARIFRUNDE 2007

Metall für die Mittelgruppe, den Arbeitgebern. »Es ist kein Lohn für Leistung, sondern Hohn.« Schild forderte die Arbeitgeber auf, ein besseres Angebot zu machen. Aber das taten sie weder in Mainz noch in Hannover, Berlin, Augsburg, Hamburg, Erfurt, Gelsenkirchen oder den anderen Verhandlungsorten. Stattdessen füllten sie die Zeit mit ermüdenden Ritualen: Allein in den zweiten regionalen Tarifrunden trugen sie den IG Metall-Verhandlern elf Mal den gleichen Text vor, elf Mal das gleiche Angebot. Und in der dritten Runde ging das gleiche Spiel weiter. Nix außer Spesen. »Damit provozieren die

Arbeitgeber Warnstreiks«, warnte der IG Metall-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen, Detlef Wetzell. Dabei wollten die Arbeitgeber von Anfang an einen schnellen Abschluss. Denn sie haben ein Problem: Die Auftragsbücher der meisten Firmen sind so randvoll und die Kapazitäten so ausgelastet, dass sie Ausfälle durch Warnstreiks oder gar Streiks fast genauso fürchten wie einen aus ihrer Sicht zu hohen Abschluss.

»Nach dem Ende der Friedenspflicht wird es kein langes Fackeln geben«, warnte Baden-Württembergs IG Metall-Verhandlungsführer Jörg Hofmann und kündigte

»Krach in aller Breite« an. Schon in den ersten Runden haben Metallerrinnen und Metalller den Arbeitgebern vor Augen geführt, dass sie den Willen haben und fähig sind, Druck zu machen. Tausende kamen zu den Verhandlungen und begleiteten sie durch Kundgebungen. Darunter sehr viele Jugendliche. Tausende machten schon im April bei Aktionen in ihren Betrieben mit. Und viele Metalller starteten Kampagnen, um Mitglieder zu werben und zu motivieren, sich selbst zu engagieren. Weil das, was am Ende mehr in der »Lohntüte« ist, davon abhängt, dass sich viele vor Ort selbst mit darum kümmern. ◀

Hannover

Geiziges Angebot: Ein Schotte bläst den Arbeitgebern den Dudelsack.



Foto: Walter Schmidt / Novum

Gelsenkirchen

Rot ist Trumpf: Menschen aus Herne und anderen Orten begleiten die Tarifrunden in NRW.



Foto: Jürgen Seidel

Nürnberg

»Gebt uns 6,5 %, sonst seid ihr am Ende«, drohen Kundgebungsteilnehmer aus Bayern. Gut 1000 IG Metall-Mitglieder kamen zur zweiten Runde. Bei der dritten Verhandlung in Augsburg sind es noch mal genau so viele. Vergeblich hoffen sie auf ein besseres Angebot der Arbeitgeber.



Foto: Werner Bachmayer

Ludwigsburg

Jugend aktiv: Rund 2500 – vor allem junge – Leute ziehen am 16. April durch die Stadt.



Foto: Marian Mural / dpa / pa

Zwickau

Ostern: 1500 Menschen kamen. Sie boten Schoko-Eier, die Arbeitgeber »faule Eier«.



Foto: Marcus Richter



Fast alles zerstört

Immer mehr belastende Informationen kommen über die fragwürdige Organisation AUB ans Tageslicht, seit ihr Ex-Vorsitzender Wilhelm Schelsky festgenommen wurde. Die IG Metall stellte Strafantrag wegen Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes.



Viele offene Fragen: Was hat man in der Siemens-Zentrale in München von den Millionenzahlungen an den AUB-Vorsitzenden Wilhelm Schelsky gewusst, der seit Februar in Untersuchungshaft sitzt?

Der Verdacht, dass Siemens die so genannte »Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) geschmiert haben könnte, trennt nun die Spreu vom Weizen. AUB-Mitglieder und -Betriebsräte distanzieren sich von ihrer Organisation. Im Betriebsrat von Siemens in Hamburg etwa gab es bis vor kurzem eine Gruppe von AUB-Vertretern. Auf Grund der jüngsten Enthüllungen über die Machenschaften ihres früheren Vorsitzenden Wilhelm Schelsky haben sich die Betriebsräte jetzt von der AUB losgesagt.

Unappetitlich auch, was der sozialdemokratische Newsletter »blick nach rechts« ans Licht brachte. In den 90er Jahren waren in der AUB Mitglieder aktiv, die der rechten Szene zugerechnet wurden. So saß der frühere Kreisvorsitzende der Republikaner von Starnberg für die AUB im Betriebsrat der Rüstungsschmiede Krauss-Maffei. Ein anderer AUBler im Betriebsrat von Mercedes-Benz Stuttgart agitierte für die NPD.

Der AUB und ihrem früheren Vorsitzenden Schelsky gehen die Truppen von der Fahne. Da hilft es wenig, wenn die kommunistische Vorsitzende Ingrid Band-Hückstädt in einem Rundbrief sich von den eventuellen Verfehlungen des autoritären Vorsitzenden distanziert und gelobt: »Nie wieder darf uns passieren, dass eine Person alles wusste, alles leitete und damit beinahe alles zerstörte.«

Nach bisherigen Ermittlungen dürfte ein Teil des Geldes, das Schelsky für angebliche Beratertätigkeit von Siemens erhalten hat, an die AUB geflossen sein. Dem Vernehmen nach genossen AUB-Betriebsräte gute Aufstiegschancen innerhalb des Siemens-Konzerns. AUBler wurden von der Arbeit freigestellt, um ungehindert Wahlkämpfe für den Betriebsrat zu organisieren. Die IG Metall geht davon aus, dass die Betriebsratsarbeit der AUB bei Siemens systematisch beeinflusst worden ist. ◀

Martina Helmerich

Chronik des AUB-Skandals

- **Gründung der AUB 1986** bei Siemens in Erlangen. Die AUB ködert mit niedrigen Beiträgen Mitglieder. Angeblich hat sie 32 000 davon und 19 000 Betriebsratsmitglieder. Die IG Metall hält die Zahlen jedoch für weit überzogen. 9000 Mitglieder sind wahrscheinlich. Die AUB ist keine tariffähige Gewerkschaft.
- **Februar 2007:** Der AUB-Vorsitzende Wilhelm Schelsky wird wegen Steuerhinterziehung festgenommen und sitzt seitdem

in Untersuchungshaft. Er soll 34 Millionen Euro von Siemens kassiert haben.

► **März 2007:** Verhaftung von Siemens-Zentralvorstand Johannes Feldmayer. Die Nürnberger Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Steuerhinterziehung und Untreue.

► **April 2007:** IG Metall und Siemens-Gesamtbetriebsrat stellen Strafantrag nach Paragraph 119 Betriebsverfassungsgesetz. Es besteht der Verdacht der unzulässigen Beeinflussung von Betriebsratswahlen.

Beratung für Auszubildende

Gekränkt, gedemütigt und ausgenutzt

Angesichts des Mangels an Lehrstellen glauben vor allem Handwerksbetriebe, ihre Azubis ausnutzen zu können. Dabei setzen sie sich sogar über Gesetze hinweg. In der Regel wird das von den Behörden übersehen.

Das Telefon bei »Azuro« im Münchner Westend klingelt ganz sanft. Ein richtiger Kontrast zu dem, was dann kommt. »Nein, nein, für Azubis besteht Schulpflicht, das sind keine Arbeitnehmer«, klärt Beraterin Nina Fleck gerade einen Anrufer auf. »Im Grunde ist das eine Ordnungswidrigkeit. Die Azubis laufen ja Gefahr, bei der Prüfung durchzufallen und könnten dann Schadenersatz fordern.«

Eine Sachbearbeiterin beim Jugendinformationsdienst ist dran. Sie hat gleich mehrere Lehrlinge im Büro, deren Firma den obligatorischen Berufsschul-Unterricht als verlorene Zeit einstuft und die Azubis nicht mehr hinschicken will. »Die sollen mal zu uns in die Beratung kommen«, rät Fleck.

»Azuro« ist eine Einrichtung der Münchner DGB-Jugend und des bayerischen DGB-Bildungswerks und wird von der Stadt München mitfinanziert. »Wir sind parteiisch für die Azubis. Bei uns ist viel los, wir könnten unsere Kapazitäten gut verdoppeln«, sagt Gewerkschafterin Fleck. So groß ist die Not. Allein im vergangenen Jahr sind in dem Büro rund 1300 Fälle aus München und der Region aktenkundig geworden.

Der nächste Anrufer ist ein Arzt. Es geht um einen Auszubildenden mit Angstsymptomen. Er wird vom Chef gemobbt und traut sich nicht mehr zurück in den Betrieb. Fleck kennt den Fall und blättert seine Akte durch. »Der Junge braucht in jedem Fall eine Therapie«, sagt sie bestimmt, »wir müssen Zeit gewinnen und wollen nicht überhastet in eine Schlichtung reingehen.«

Nein, leichtfertig geben die Lehrlinge bei dem Mangel an Ausbildungsplätzen ihre erkämpften Ausbildungsplätze bestimmt nicht auf. Dass dennoch jedes Jahr über 130 000, jeder Fünfte, das Handtuch werfen, deutet an, wie groß der Leidensdruck ist. Viele Betriebe nutzen den Lehrstellen-

mangel aus und sehen Azubis als billige Arbeitskräfte an. Zehntausende werden auf diese Weise in die Enge getrieben, sie kündigen.

Vor allem in kleinen Handwerksbetrieben ist das Klima für Azubis oft rau. Während Industriemechaniker in einem DGB-Ranking Platz 4, Mechatroniker Platz 3 und IT-Systemelektroniker gar Platz 1 belegen, landen KFZ-Mechatroniker auf dem 15., Tischler auf 13. Platz. »Auszubildende werden in zunehmendem Maße gekränkt, ausgenutzt und schlecht ausgebildet«, klagt auch Ingrid Sehrbrock, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, im aktuellen DGB-Ausbildungsreport.

Überstunden nicht erlaubt

Über die DGB-Online-Beratung »Dr. Azubi« bekommt sie hautnah mit, unter welchem Druck die Jugendlichen stehn. Ein angehende Tischler, zweites Lehrjahr, klagte etwa: »Ich weiß nicht mehr, was ich machen soll. Zur Zeit arbeite ich täglich bis zu drei Stun-

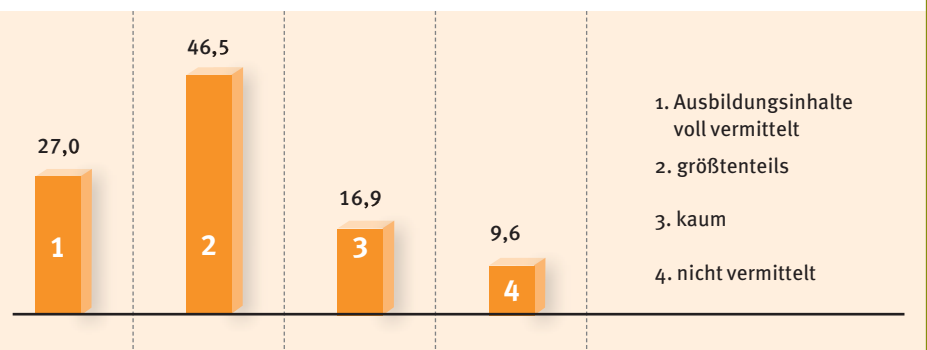
den länger, zudem besteht mein Chef darauf, das ich samstags und sonntags arbeite.« Dabei sind obligatorische Überstunden gar nicht erlaubt. Und wer zustimmt, hat Anspruch auf eine entsprechende Vergütung – in Euro oder Arbeitszeit.

In aller Regel bleiben unseriöse Ausbilder ungeschoren – obwohl sie gegen geltende Gesetze verstoßen. Jeder dritte Azubi, belegt eine Umfrage des DGB, muss Überstunden ableisten (Metallberufe: 25 Prozent, Bürokaufmann: 29 Prozent), oft ohne Vergütung und Freizeitausgleich. Genauso viele müssen ausbildungsfremde Arbeiten übernehmen, oft mehr als 20 Wochenstunden. Ein Bürokaufmann, zweites Ausbildungsjahr, beschrieb seine Aufgaben Dr. Azubi gegenüber so: »Be- und Entladen von Pkw, Aufräumen, Müll entsorgen, Halle fegen, Leergut sortieren«. Kaufmännische Aufgaben gäbe es nie, auch keinen Ausbildungsplan.

Andere kriegen kein oder zuwenig Geld. »Ich habe für Januar und Februar noch keine Ausbildungsvergütung bekommen«, be-

Ausbildung mangelhaft

– in Prozent –



Quelle: DGB-Jugend München



Karikatur: Klaus Espermüller

schwerte sich ein Karosseriebauer-Azubi Ende März beim DGB, »mein Chef sagt, er kann mich jederzeit rausschmeißen und ist der Meinung, dass Lehrlinge eigentlich Geld für

die Ausbildung bezahlen müssten. Ich habe nicht einmal Geld für die Monatskarte.« Selbst optimistischste und starke Jugendliche verlieren da leicht die Nerven und

schmeißen hin. Oft zu Recht, denn wenn schon die Ausbildung miserabel ist, sind die Chancen auf dem globalen Arbeitsmarkt ziemlich mau.

»Die staatlichen Kontrollinstanzen müssen sich überlegen, ob sie weiterhin über die zahlreichen Gesetzesverstöße hinwegsehen wollen«, mahnt Roland Wehrer von der Münchener DGB-Jugend, notfalls müsse Betrieben die Ausbildungseignung entzogen werden.

Vor diesem Hintergrund wirkt die ewige Nörgelei der Arbeitgeber über die »mangelnde Ausbildungsreife« von Auszubildenden reichlich schräg. »Wieviele Ausbildungsbetriebe«, fragt Wehrer zu Recht, »bringen eigentlich die notwendige Ausbildungsreife mit?«

Bei »Azuro« in München hat Nina Fleck gerade ein altes Plakat ausgekramt. Es zeigt Lehrlinge, die Bierkisten schleppen oder Haushaltsarbeit erledigen. »Nicht ducken, aufmucken«, steht obendrauf. Das Plakat stammt aus den 80er Jahren. Da klingelt wieder das Telefon, butterweich wie immer. Ein Energie- und Gebäudetechnik-Lehrling ist dran. Der Firmenchef hat ihn gefeuert, es gibt viel zu tun. ◀

Fritz Arndt

»Was tun?«

Auszug aus einem »Maßnahmenkatalog« von DGB-Jugend, Region München, und »Azuro«, München:

- 1. In großen Betrieben** ist die Ausbildungsqualität am besten. Daher sollten sie ihre Ausbildungsquoten erhöhen.
- 2. Betrieben**, die die Mindestanforderungen bei der Ausbildung nicht erfüllen und gravierend gegen Gesetze verstoßen, soll die Ausbildungseignung entzogen werden.
- 3. Behörden** müssen weit häufiger als bisher unangemeldet Betriebe inspizieren und Auszubildende befragen. Außerdem sollten Beschwerdekästen in den Berufsschulen aufgehängt werden und anonymen Hinweisen nachgegangen werden.
- 4. Die Ausbilder-Eignungsprüfung** im Bereich der Industrie- und Handelskammern sollte wieder eingeführt werden.
- 5. Es muss stärker geprüft werden**, ob in Handwerksbetrieben betriebliche Ausbildungspläne existieren.

Infos unter

Weitere Infos zur Ausbildung bieten die folgenden Adressen:

- **Service der DGB-Jugend:**
www.doktor-azubi.de
- **Beratungsbüro der DGB-Jugend, Region München:**
»azuro«, Landwehrstraße 87,
80469 München,
Hotline:
089-54 40 46 40.
E-Mail:
www.azuro@azuro-muenchen.de

BILANZ DER OST-ERWEITERUNG: ÜBERWIEGEND POSITIV



Foto: Image Source

Von großen Hoffnungen, aber auch von Befürchtungen war die Osterweiterung der EU vor drei Jahren begleitet.

Als am 1. Mai 2004 die zehn mittel- und osteuropäischen Länder (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und der südliche Teil Zyperns) mit ihren rund 75 Millionen Einwohnern zur Europäischen Union stießen, war der offizielle Jubel groß. Weniger froh gestimmt waren die Bürger: Die neuen EU-Angehörigen fürchteten, unter die Räder zu kommen, die »Alt-Europäer« hatten Sorge vor billiger Ost-Konkurrenz auf ihren Arbeitsmärkten.

Gewinner der Osterweiterung sind vor allem die Beitrittsländer. Ihr Wirtschaftswachstum erreichte im Durchschnitt 3,75 Prozent pro Jahr (in den »alten« Ländern nur 2,5 Prozent). Grund für den Aufschwung sind die verbesserten Absatzchancen auf den Märkten der EU und Investitionen, die den Unternehmen und der Infrastruktur zugute kommen.

Für die deutsche Wirtschaft hat sich die Osterweiterung als

Konjunkturprogramm erwiesen. Die Exporte kletterten von 56,2 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf 64 Milliarden 2005. Damit hat der Außenhandel mit den Beitrittsländern das Niveau des Exports in die USA bereits überholt, stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fest. Besonders dynamisch entwickelte sich der Export nach Polen (plus 29 Prozent).

Auch die IG Metall beurteilt diese Entwicklung positiv: Die mittel- und osteuropäischen Länder tragen entscheidend zu den Exporterfolgen der deutschen Industrie bei und sichern damit auch Arbeitsplätze hierzulande. Großen Anteil hat die Me-

tall- und Elektroindustrie, denn die neuen europäischen Länder beziehen vor allem ihre dringend benötigten Maschinen und Ausrüstungen bei deutschen Lieferanten.

Auf der Suche nach Arbeit

Die Einwanderung aus den neuen EU-Ländern spielt (noch) nicht die befürchtete negative Rolle – nicht zuletzt weil in Deutschland bis 2011 Zuwanderungsbeschränkungen gelten. 2004 zogen etwa 36 000 Menschen aus Mittel- oder Osteuropa nach Deutschland, ein Jahr später 63 000. Anders in Großbritannien, das – wie Irland – von Anfang an volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer gewährte: Dorthin zogen im gleichen Zeitraum mehr als 500 000 Menschen auf der Suche nach Arbeit. Insgesamt stellen Angehörige der neuen Mitgliedsstaaten in den alten EU-Ländern nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Bis sich die Lebensverhältnisse angeglichen haben, wird es nach Einschätzung der EU-Kommission noch etwa 35 Jahre dauern, vorausgesetzt, die aktuellen Trends halten an. ◀

Gabriele Prein

Der Haustarifvertrag, den Betriebsrat und IG Metall mit dem Autohaus Wolfsburg abgeschlossen haben, hat ein Signal für die Kfz-Branche gesetzt. Nachdem die niedersächsischen Arbeitgeber vor rund drei Jahren aus den Tarifverträgen ausgestiegen sind, wurde mit dem Haustarifvertrag im Autohaus der tariflose Zustand in diesem Großbetrieb beendet. Die Beschäftigten haben jetzt wieder Sicherheit.

IG Metall: Kontakte gegen die Konkurrenz

Die IG Metall bemüht sich vor allem in den Bezirken, die an die Beitrittsländer grenzen, um den Austausch von Gewerkschaftern und Betriebsräten. Rege Kontakte gibt es bereits seit 15 Jahren von Bayern nach Südosteuropa. Auch Niedersachsen/Sachsen-Anhalt hat ein Projekt aufgelegt. Berlin-Brandenburg-Sachsen pflegt vor allem Kontakt nach Polen. Infos: www.igmetall-bbs.de ▶ Internationale und www.igmetall-bayern.de

▶ Die Serie »Europa« stellt in den kommenden Monaten die Arbeit von Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretern und wichtige Entwicklungen in der EU vor. ◀

Haustarifvertrag beim Autohaus Wolfsburg

Signal für die Branche

Der Kampf hat sich gelohnt: 2,1 Prozent mehr Geld zum 1. Januar 2007, weitere 2,5 Prozent zum 1. Januar 2008, Beschäftigungssicherung bis zum 31. Dezember 2008, 50 neue Ausbildungsplätze pro Jahr – das sind die Eckdaten des neuen Haustarifvertrags im Autohaus Wolfsburg. Erfolg einer mehr als zweijährigen Auseinandersetzung von Betriebsrat und IG Metall.

»Haben Sie 6500 Euro zu verschenken?« Mit dieser provokanten Frage machten die Betriebsräte im Autohaus Wolfsburg den Beschäftigten in einem Flugblatt klar, was ihnen ohne Tarifvertrag blühen würde. Minutiös listeten sie auf, welche tariflichen Leistungen sie bislang genießen: sechs statt vier Wochen Urlaub; 36-Stunden-Woche statt bis zu 48 Stunden; 1370 Euro Urlaubsgeld, 960 Euro Weihnachtsgeld und 320 Euro vermögenswirksame Leistungen. Bis zu 6500 Euro, ergab die Rechnung der IG Metall, würde den Kolleginnen und Kollegen durch unbezahlte Mehrarbeit, weniger Urlaub und den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeld im Jahr weggenommen.

Hintergrund der spektakulären Flugblattaktion ist die ungeklärte Tarifsituation in der niedersächsischen Kfz-Branche gewesen. Im Herbst 2004 miss-

achteten große Autohäuser und Kfz-Werkstätten gültige Tarifverträge und zwangen ihren Beschäftigten neue Arbeitsverträge auf. Wenig später kündigten die Arbeitgeber landesweit alle Tarifverträge und weigerten sich, mit der IG Metall neue Vereinbarungen abzuschließen.

150 neue Mitglieder

»Da haben wir uns entschlossen, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen«, erinnert sich Helge Fahr, freigestellter Vorsitzender des Betriebsrats im Autohaus Wolfsburg.

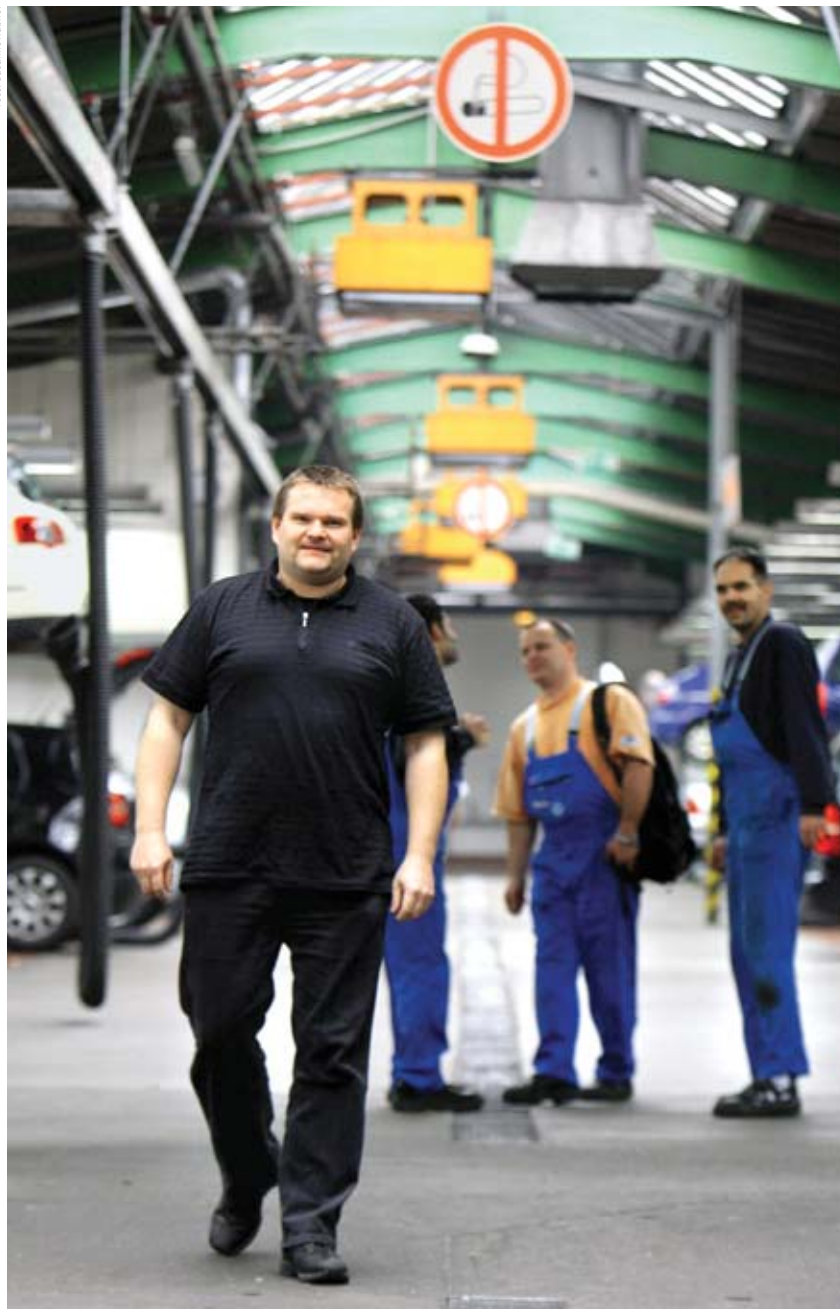
Immer wieder haben die IG Metall-Kollegen ihren Kfz-Mechanikern und Autoverkäufern eingetrichtert, dass nur Gewerkschaftsmitglieder einen Rechtsanspruch auf tarifliche Leistungen haben. Selbst auf Weihnachtsmännern und Ostereiern haben sie ihre Botschaft verbreitet. Mit Erfolg: Fast 150 Beschäftigte sind in dieser Zeit in die IG Metall eingetreten.

Aber es dauerte trotzdem mehr als zwei Jahre bis die IG Metall für die knapp 750 Beschäftigten einen Haustarifvertrag aushandeln konnten. Mehrfach standen die Gespräche vor dem Aus. »Aber erst als die Beschäftigten sich bei einer Unterschriftenaktion innerhalb kürzester Zeit mit den Forderungen der IG Metall solidarisierten, lenkte die Geschäftsleitung ein«, sagt Helge Fahr.

Kein Wort mehr von der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, keine Silbe mehr von der Kürzung des Urlaubs bei Krankheit und auch das Urlaubs- und Weihnachtsgeld hängt nicht mehr von der Rendite des Unternehmens ab. »Das Ergebnis ist bei der Belegschaft super angekommen«, sagt Dietmar Brennecke von der IG Metall Wolfsburg, der den Großbetrieb betreut. Er lobte die zum Schluss »ungewöhnlich vertrauensvolle Zusammenarbeit« mit der Geschäftsleitung. Und er lobt noch einen Punkt der Vereinbarung: die Altersvorsorge: »Das ist ein Signal. Das gibt es im Handwerk bisher so nicht.«

Willi Dörr

Foto: Susanne Hübner



Betriebsratsvorsitzender
Helge Fahr: Unterschriftenaktion zum Einlenken

Arbeitsrechtsverletzungen bei Aldi-Zulieferern

Marktmacht bestimmt die Preise

Mit Textilien setzen Discounter wie Aldi und Lidl Milliarden um. Die Schnäppchen sind beliebt und bringen den Unternehmen Gewinne. Den Preis zahlen Arbeiterinnen in China und Indonesien, wie eine neue Studie über Aldi-Zulieferer des Instituts Südwind zeigt.



Kaum liegen sie im Laden, sind sie auch schon weg. Drei Paar Socken für knapp zwei Euro, die Windjacke für weniger als 15 Euro oder die Kinder-Jeans für 6,99. Aldi-Kunden sind Frühaufsteher. Wer nicht rechtzeitig im Laden ist, geht bei der Schnäppchen-Jagd schnell leer aus. Das Geschäft mit Schlafanzügen, Sportbekleidung oder Jacken läuft prima – zumindest für die Discounter. Den Preis zahlen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Zulieferfabriken, wie eine neue Studie von Südwind, Institut für Ökonomie und Ökumene, zeigt.

Das Institut hat Aldi-Zulieferer in China und Indonesien ausfindig gemacht und die Beschäftigten befragt. Was die Arbeiterinnen

Aldi ist der achtgrößte Textileinzelhändler in Deutschland. Frauen in China und Indonesien arbeiten für diesen Erfolg oft zu Hungerlöhnen

Montage: Frank Zander (Fotos: Klaus Murawski / Frank Zander)



und Arbeiter erzählten, hat selbst Ingeborg Wick von Südwind überrascht. Die Autorin der Studie kennt die Arbeitsbedingungen in China. Aber die Arbeitsrechtsverletzungen in diesen Fabriken übertrafen ihre bisherigen Erfahrungen, sagt Ingeborg Wick. »Das ging bis hin zu Zwangsarbeit. Anders kann ich es nicht nennen, wenn Frauen daran gehindert werden zu kündigen, und sich nachts heimlich aus der Fabrik schleichen müssen.«

Die Beschäftigten berichteten nicht nur von endlosen Arbeitstagen, bei nur zwei bis vier freien Tagen pro Monat, Löhnen, die nicht einmal der Hälfte des chinesischen Mindestlohns entsprechen und oft wochenlang nicht gezahlt werden. In einigen Fabriken mussten die Frauen eine Kaution für ihren Arbeitsplatz bezahlen. Andere Zulieferer beschäftigten Minderjährige und halfen ihnen, ihre Ausweise zu fälschen.

Über Arbeitsrechtsverletzungen berichteten auch die Beschäftigten in Indonesien. Hier klagten Arbeiterinnen über erzwungene Überstunden, über körperliche und psychische Misshandlungen und illegale Beschäftigung von Jugendlichen. Zwar erhielten die meisten gesetzlichen Mindestlohn, doch reichte dieser zum Leben nicht aus.

Aldi hat die Marktmacht

Ingeborg Wick konfrontierte Aldi mit den Ergebnissen ihrer Studie. Das Unternehmen erklärte sich zum Gespräch bereit. Für die Autorin der Studie eine kleine Sensation. Schließlich war der Konzern bislang für seine besonders verschlossene Informationspolitik bekannt. Eindeutig Stellung hat Aldi allerdings bisher nicht bezogen. »Das Unternehmen befreit sich ein wenig von der Verantwortung, indem es auf die Händler verweist«, sagt Wick.

Doch so einfach entlässt Ingeborg Wick den Konzern nicht. »Aldi hat die Marktmacht und damit auch die Verantwortung.« Unter den größten Textileinzelhändlern in Deutschland belegt Aldi Platz 8, gefolgt von

Der öffentliche Druck wirkt



Maik Pflaum von der Kampagne für saubere Kleidung: »Die Unternehmen können uns nicht mehr ignorieren.«

Bei Tchibo hat die Kampagne für saubere Kleidung einiges erreicht. Nun will sie drei weitere Riesen bewegen: die Discounter Aldi, Lidl und Kik.

metall: Wirkt öffentlicher Druck?

Maik Pflaum: Ja, auf jeden Fall. Die meisten Unternehmen reagieren inzwischen viel schneller auf unsere Kampagnen.

metall: Wie haben Tchibo und Lidl auf die Kampagnen reagiert?

Pflaum: Lidl ist eigentlich nur seitlich ausgewichen. Dort gibt es jetzt das »Greenpeace-Magazin« und ein paar fair gehandelte Produkte. Das ist Kosmetik. Tchibo dagegen hat eine Sozialabteilung eingerichtet und einen Verhaltenskodex vereinbart. Damit hat sich für die Textil-Arbeiterinnen aber noch lange nichts verbessert. Nur können wir den Konzern jetzt auf seinen eigenen Kodex festnageln. Das Unternehmen hat auf Druck reagiert, und es wird auch in Zukunft nur soweit gehen, wie es muss.

metall: Warum hat die Kampagne sich nun Aldi, Lidl und Kik vorgenommen?

Pflaum: Auf dem Bekleidungsmarkt spielen Aldi und Lidl ganz oben mit. Über Kik wissen die meisten nichts, etwa, dass Kik zu Tengelmann gehört. Der Konzern gibt sich gerne ein Saubermann-Image. Da passt Kik aber nicht unbedingt zu.

metall: Was muss sich bei den Discountern ändern?

Pflaum: Sie müssen ihre Einkaufspolitik offen legen. Aldi hat ja keine eigenen Fabriken in China oder Indonesien. Seine Verantwortung können wir nur daran messen, wie Aldi beschafft, was das Unternehmen den Händlern zahlt, und welche Lieferbedingungen es stellt.

metall: Viele Unternehmen klagen über extremen Preiswettbewerb. Sind die Kunden schuld, weil sie zu wenig zahlen?

Pflaum: Nein, die »Geiz-ist-geil-Philosophie« kam ja von der Industrie. Es würde nichts ändern, wenn wir nur noch 100-Euro-Jeans kaufen. Sie wurden oft unter den gleichen schlechten Bedingungen produziert. Um die Arbeitsbedingungen müssen sich die Konzerne kümmern. Es gehört zur Preiskalkulation und Qualität eines Mantels, dass er unter menschenwürdigen Bedingungen produziert wird. ◀

Tchibo und Lidl. Vor Aldi, auf Platz 7, liegt der Tengelmann-Konzern, zu dem der Textil-Discounter Kik gehört. Wer so weit oben steht, bestimmt auch die Preise. »Wenn ein solches Unternehmen beispielsweise sagt, wir brauchen eine bestimmte Lieferung innerhalb weniger Wochen zu einem bestimmten Preis, muss ihm klar sein, dass sie ihre Vorgaben mit enormen Überstunden

und geringen Löhnen erkaufen«, sagt Wick. Deshalb hätten Unternehmen wie Aldi durchaus die Macht, die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern zu verbessern. Schließlich gehe es nicht darum, einen Zulieferer fallen zu lassen und zum nächsten zu wechseln. »Dadurch würde sich das Leben der Arbeiterinnen auch nicht verbessern.« ◀

Fabienne Melzer

Aldi-Studie



Ingeborg Wick vom Südwind-Institut hat die Aldi-Studie verfasst.

Die Studie, »All die Textil-Schnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien«, erscheint am 8. Mai und kostet fünf Euro. Bestellungen: Südwind, Institut für Ökonomie und Ökumene, Lindenstraße 58-60, 53721 Siegburg oder per Mail info@suedwind-institut.de. Die Studie kann auch im Internet heruntergeladen werden unter www.suedwind-institut.de.



Foto: Peter Camin

Aluminiumwerk Alunorte in Brasilien: Lieber Strafe als Gefahrenzulage gezahlt

Alufabriken in Brasilien

Den Multis auf die Finger schauen

Deutsche Betriebsräte waren im Amazonasgebiet. Hier stellen Aluminiumkonzerne Megafabriken hin. Die Konzerne halten die noch jungen Gewerkschaften kurz. Doch die halten dagegen mit Unterstützung der deutschen Gewerkschaften.

Sie sind eine eingeschworene Truppe, Hannelore Elze vom IG Metall-Zweigbüro in Düsseldorf und »ihre« Betriebsräte aus dem Branchenarbeitskreis Aluminium, der IG Metall und IG BCEler umfasst. Sie haben um ihre Werke gekämpft und gegen die Shareholder wie Norsk Hydro und Alcoa. Sie wissen: Die Multis investieren weltweit nur noch dort, wo alles billig zu haben ist: Strom, Arbeit, Rohstoffe.

Wie billig?, fragen die Gewerkschafter hier im Amazonasgebiet in Nordbrasilien bei ihren Werksbesuchen und erfahren: Der Rohstoff Strom kostet ein Drittel soviel wie in Deutschland. Der Rohstoff Bauxit liegt beispielsweise greifbar nah unter dem Boden des Regenwalds, das sehen die Betriebsräte zwei Tage später in der drittgrößten Bauxitmine der Welt in Porto Trombetas. Die Arbeitskosten fallen nicht sonderlich ins Gewicht: Rund 500 Euro verdient ein Arbeiter im Monat. Das Fabrikgelände von Alumar ist eine reiche Insel. Im Besu-

cherzentrum wird ein Film abgefahren. Strahlende Arbeiter, unzählige Sozial- und noch mehr Ökoprojekte werden darin präsentiert. »Als wären wir hier in einer Landkommune, die ganz nebenbei auch noch eine Fabrik betreibt«, kommentiert Hannelore Elze die Show. Vieles ist aufgemotzte Fassade, hinter der sich eine zweite Wirklichkeit verbirgt. So wie das Vorzeigeprojekt Ökopark

nicht nur Natur schützt, sondern auch ein Puffer ist gegen den Ansturm von Armuts-siedlungen.

»Gut dass ihr da seid, wir brauchen eure Unterstützung«, begrüßt José Maria Araújo, Chef der Metalúrgicos, der Metallgewerkschaft, die deutschen Companheiros im Gewerkschaftshaus von São Luís.

»Alumar weigert sich, den Arbeitern eine Gefahrenzulage zu zahlen, lieber zahlt der Konzern eine Strafe«, berichtet Zé Maria von der Realität. »Und zu unseren Mitgliedern sagen sie: Wenn du Meister werden willst, musst du aus der Gewerkschaft austreten, manche bleiben dann heimlich drin.«

Lange war nicht klar, ob Zé Maria, dessen Gewerkschaft 35 Prozent der Belegschaft organisiert hat, die deutsche Delegation beim Werksbesuch begleiten darf. Werksleiter Nilson Ferrez ist sichtlich angespannt, weil er dann doch dabei ist: »Unser Ziel ist es, dass die Arbeitnehmer glücklich sind bei der Ar-



Foto: Manfred Brinmann

Metallerin Hannelore Elze in Brasilien: »Als wären wir in einer Landkommune«

Brasilianische Alu-Arbeiter:
Seit der Einführung eines neuen
Schichtsystems malochen viele
Arbeiter nur noch nachts



Foto: Manfred Brinkmann

beit. In diesem Raum des Glücks dürfen wir natürlich keine Unfälle zulassen«, erläutert er die Arbeitsschutzphilosophie.

»Was für ein autoritärer Laden. Gleichzeitig weigern sie sich mit den Gewerkschaften gemeinsam ein Arbeitsschutzkonzept zu erarbeiten«, brummt Hydro-Konzernbetriebsratsvorsitzender Peter Camin.

»Raum des Glücks«: Für José Maria klingt das wie Hohn. Die Arbeiter kommen scharrenweise zu ihm ins Gewerkschaftshaus, damit er etwas unternimmt gegen das neue, feste Schichtsystem. Viele Arbeiter malochen seit der Einführung des neuen Schichtsystems nur noch nachts. Die Ehen kriseln, das Familienleben leidet.

»Für uns ist es unvorstellbar, ein Schichtsystem ohne Arbeitnehmer-Mitwirkung anzuzuordnen und fürs Unternehmen ist das mit Sicherheit kein Vorteil«, vermitteln die deutschen Betriebsräte. Sie machen sich hier zu Fürsprechern kooperativer Arbeitsbeziehungen. Die Betriebsräte betonen, dass es allen nützt, wenn die Gewerkschaften als Verhand-

lungspartner anerkannt und nicht ausgegrenzt werden.

Genau daran arbeiten seit sechs Jahren Manfred Brinkmann vom DGB-Bildungswerk und das vom DGB mitfinanzierte brasilianische »Observatorio social«. Sie versorgen die noch jungen Gewerkschaften in den drei Aluminiumfabriken und der Bauxitmine

»Gut dass ihr da seid. Wir brauchen eure Unterstützung.«

mit Know-how und vernetzen sie – auch international. Eine globale Schiene kann auch die Mitbestimmung im Aufsichtsrat sein. Das erlebt die deutsche Delegation zwei Flugstunden nördlich im Amazonasdelta, bei Alunorte. Über die Werksverweiterung dieser weltgrößten Aluminiumoxidfabrik haben Elze und drei Betriebsräte im Aufsichtsrat der Hydro Aluminium Deutschland mitentschieden, weil Norsk Hydro an Alunorte beteiligt ist – einem der rentabelsten Werke des halbstaatlichen norwegischen Konzerns.

»Wie? Ihr habt in Deutschland über die Kapazitätserhöhung von Alunorte mitentschieden? Und wir müssen vor den Fabrikto- ren auf dem Lkw stehen, um die Arbeiter zu erreichen«, faucht Manoel Paiva, Chef des Sindicatos dos Químicos, der Chemiegewerkschaft von Barcarena, mit heiserer Stimme.

Die Deutschen werden in einem verschlossenen Bus über das riesige Werksgelände gefahren. Der Vorstand lässt sich entschuldigen, nur der technische Direktor ist da und zwei

Neulinge aus dem Personalbereich. »Warum kommt unser Gewerkschaftskollege Manoel Paiva nicht ins Werk«, fragen die deutschen Betriebsräte, »er hat die Hälfte der Belegschaft organisiert, er macht die Tarifverhandlungen.« Paiva hält seinen Werksausweis hoch und alle sehen, es fehlt die Kennung. Die Vertreter des Managements reagieren betreten und sagen, es handele sich um ein »technisches Versehen«.

Das »Versehen« machte Hannelore Elze auf der jüngsten Aufsichtssitzung zum Thema und dabei klar, dass hier ein Bruch der Kernarbeitsnormen der ILO vorliegt. Das Norsk-Hydro-Management reagierte betroffen. Vorstand Sven Rickard Brandzaeg versicherte, man wolle daraufhin wirken, dass »das Management vor Ort mit den gewählten Gewerkschaftsvertretern konstruktiv zusammenarbeitet«.

Nicht lange nach dem Besuch der deutschen Delegation schickt Paiva an alle deutschen Companheiros eine überschwängliche E-Mail: Er hat einen ordentlichen Tarifvertrag erhalten mit regulären Verhandlungsfristen. ◀

Cornelia Girndt



Gewerkschafter Manoel Paiva: »Aus Versehen nicht ins Werk

Foto: Cornelia Girndt

Gute Branchenkonjunktur

Nächster Rekord in Sicht



Foto: Bernd Thissen / dpa / pa

Der Maschinenbau hat seine Prognosen für das laufende Jahr nach oben korrigiert und will wieder mehr Leute einstellen

dem In- und Ausland sind voll. Die Beschäftigten erbringen Höchstleistungen. Allein 2006 legte die Produktion um 7,4 Prozent zu, auf den Rekordwert 159 Milliarden Euro. Die Unternehmen sind mit 92 Prozent mehr als gut ausgelastet. »Bei der hervorragenden Auslastung geht schon der Kalauer um: Kunde droht mit Auftrag«, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, auf einer Maschinenbaukonferenz in Mannheim.

Der nächste Rekord ist bereits in Sicht. Für 2007 rechnet der Branchenverband VDMA mit einem Anstieg der Produktion von vier Prozent und mehr. Auch 2008 soll es so weitergehen. Das ist die längste Wachstumsphase seit 30 Jahren. Gestützt wird die Branchenkonjunktur vor allem durch den Export, der um 15 Prozent zulegte. Die neuen Wachstumsmärkte sind China, Russland und Indien.

Endlich wieder mehr Arbeitsplätze

Nach Jahren des Beschäftigungsabbaus wurden 2006 über 20 000 neue Stellen geschaffen. Für 2007 rechnet der VDMA mit 10 000 weiteren Stellen. Allerdings werden auch immer mehr Leiharbeitskräfte eingesetzt. Betriebe mit einem Anteil der Leiharbeit von zehn bis 20 Prozent sind im Maschinenbau keine Seltenheit mehr. »Leiharbeit frisst sich immer weiter in unsere Normalarbeitsplätze hinein«, warnt der Zweite Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber.

Der deutsche Maschinenbau ist vor den USA der führende Anbieter im Welthandel, gefolgt von China und Frankreich. Sorgen bereitet dabei die Zunahme von Plagiaten. Drei Viertel aller kopierten Produkte stammen aus China. Die Branche ist stark mittelständisch geprägt. 70 Prozent der knapp 6000 Unternehmen haben weniger als 100 Beschäftigte. Der Maschinenbau ist noch vor der Automobilindustrie der größte industrielle Arbeitgeber mit rund 900 000 Beschäftigten. Er umfasst ein breites Spektrum, angefangen vom Großanlagenbau über Baumaschinen, Industriearmaturen bis hin zu Landmaschinen.

Der deutsche Maschinenbau steht glänzend da und erlebt die beste Konjunktur seit 30 Jahren. Viele Firmen sind bis unters Dach ausgelastet und Technologieführer auf ihrem Gebiet. Die Branche ist international in hohem Maße wettbewerbsfähig.

Wir können uns zur Zeit kaum vor Aufträgen retten«, sagt Josef Houben. »Um die Arbeit zu bewältigen, fahren wir 17 Schichten in der Woche, von Sonntag- abend bis Samstagmittag. Der Laden brummt.« Houben ist Betriebsratsvorsitzender der Firma Sempell AG in Korschenbroich. Das Unternehmen stellt Industriearmaturen für Kraftwerke her. Viele

Lieferungen gehen ins Ausland, zum Beispiel nach Südamerika, Russland oder die Ukraine. Die 400 Beschäftigten schieben regelmäßig Überstunden, und so geht es derzeit vielen Belegschaften in der Branche. Viele Unternehmen arbeiten an ihrer Auslastungsgrenze.

Denn der Maschinenbau erlebt sein viertes Rekordjahr in Folge. Die Stimmung ist bestens, die Auftragsbücher mit Bestellungen aus

Als internationaler Technologieführer gilt der Werkzeugmaschinenbau mit regionalen Schwerpunkten in Baden Württemberg, Nordrheinwestfalen und Bayern. Viele Branchen, zuallererst die Automobilindustrie und ihre Zulieferer sind die Hauptkunden des Werkzeugmaschinenbaus. Die Gesamtbranche gliedert sich in 40 Teilbranchen. In 17 Teilbranchen behauptet sich Deutschland auf dem ersten Platz, in weiteren sechs Teilbranchen besetzt Deutschland Platz 2.

Der größte Teil der Maschinenbauunternehmen befindet sich noch in Familienbesitz. Doch das Shareholder-Value-Denken sickert immer mehr in den deutschen Maschinenbau ein. Angelsächsische Privat-Equity-Gesellschaften machen sich in dieser Branche breit und übernehmen Firmen wie beispielsweise IWKA. Auch Verlagerungen ins Ausland aus Kostengründen haben bereits stattgefunden. Nach Ansicht des VDMA ist der Trend ins Ausland jedoch vorerst gebremst. Der Standort Deutschland mit seinen Vorteilen wird von den Unternehmen wieder geschätzt.

Ein großes Problem ist inzwischen der Mangel an Ingenieuren und Facharbeitern. »Wir finden für unser Unternehmen keinen Zerspaner mehr«, berichtet etwa Norbert Schulze, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Pflugerherstellers Lemken. Im Kraftwerksbau und fast allen anderen Teilbranchen werden händierend Mitarbeiter gesucht. Dabei sinkt auch noch die betriebliche Ausbildung. Manche Unternehmen, die Kosten einsparen wollen, reduzieren ihre Ausbildungskapazitäten und schneiden sich so ins eigene Fleisch. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch, dass wieder mehr betrieblich ausgebildet und das Maschinenbaustudium attraktiver werden muss.

Innovationsfeld Umwelt

Zukunftschancen für den deutschen Maschinenbau liegen in der Bewältigung von Umweltproblemen. Durch bessere Motoren, höhere Wirkungsgrade von Kraftwerken und Recycling können Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. »Durch effizienten Materialeinsatz und verbesserte Produktionsprozesse lassen sich Kosten sparen, ohne auf die Löhne zurückzugreifen«, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode. Eine der Stellschrauben in diesem Prozess ist die Qualifizierung der Beschäftigten. Denn nur mit gut ausgebildeten und motivierten Belegschaften lässt sich die Technologieführerschaft deutscher Maschinenbauunternehmen auf Dauer halten. ◀

Martina Helmerich

Teilbranche Energieanlagen

»Ziemlich ranklotzen«

Energieerzeugung ist ein Wachstumsmarkt mit großen Chancen für deutsche Hersteller. metall sprach mit Ralf Löckener von Sustain Consult



Foto: Privat

Ralf Löckener, Sustain Consult, Beratungsgesellschaft für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

metall: Welche Bedeutung hat der Energieanlagenbau in Deutschland?

Ralf Löckener: Rund 30 000 Beschäftigte arbeiten im Kraftwerksanlagenbau. Dazu kommen die Zulieferer für Komponenten wie Armaturen, Pumpen und Steuerungen. Insgesamt dürfte der Kraftwerksbau rund 100 000 Beschäftigte zählen. Die Aussichten sind sehr gut: Weltweit steigt der Strombedarf, in Deutschland müssen viele alte Kraftwerke ersetzt werden.

metall: Was heißt das für Belegschaften?

Löckener: Die Stammbeslegschaften müssen derzeit ziemlich ranklotzen. Die Auftragsflut ist kaum zu bewältigen. Denn Facharbeiter und gut ausgebildete Ingenieure sind Mangelware. Im Moment können viele Stellen nicht besetzt werden. So sind viele Betriebe augenblicklich überlastet – Überstunden sind die Folge.

metall: Wie bedeutend ist der Export?

Löckener: Unsere Industrie ist neben den USA und Japan weltweit führend in der Kraftwerkstechnik, und ausländische Märkte spielen eine sehr große Rolle. Das galt in den letzten Jahren umso mehr, als in Deutschland kaum neue Anlagen gebaut wurden.

metall: Wie führend sind deutsche Anlagenbauer bei der Energieeffizienz?

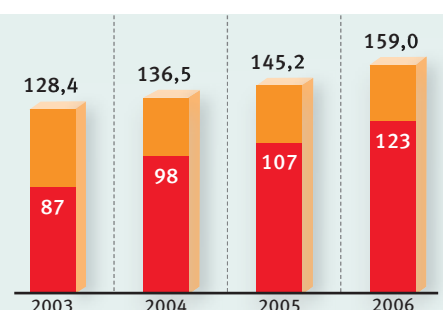
Löckener: Kraftwerke und Kraftwerkskomponenten aus Deutschland gehören zu den effektivsten Anlagen weltweit. Auch bei der Entwicklung von CO₂-armen Kohlekraftwerken ist Deutschland führend. Außerdem profitiert unsere Industrie heute von der Förderung, die der Einsatz alternativer Energietechnologien bei uns bereits sehr früh erfahren hat.

metall: Welche Zukunft hat ökologische Energietechnik »made in Germany«?

Löckener: Alternative Technologien wie Windkraftanlagen und zukünftig auch Geothermie- und Solarthermie-Kraftwerke werden weltweit immer wichtiger. Deutsche Hersteller sind bei diesen Technologien ganz vorne. Wachsender Strombedarf, besserer Klimaschutz und heutige Kraftwerkstechnik passen nicht zusammen. Deshalb sind Innovationen nötig – das ist gleichzeitig Chance und Herausforderung. ◀

Konjunkturmotor

– Produktion in Milliarden Euro –



Gesamtzahlen mit Exportanteil (rot)

Quelle: VDMA, Statistisches Bundesamt

Gehört werden wir erst, wenn **alle** die Arbeit hinlegen



Foto: Johannes Eisele / dpa / pa

Metaller bei der Abstimmung im Bundestag: Verkehrte Welt

metall 4/2007: Rente mit 67 – So wurde abgestimmt

► Alle reden immer nur über die Rente mit 67, und die mit 70 wird auch noch kommen. Ich weiß gar nicht, wie das gehen soll. Ich war schon mit 60 so krank und kaputt, dass ich in Rente gehen musste.

Heinz Wiechert, Goch

► Die Stimme des Volkes wird erst hörbar, wenn das Volk etwas sagt, und das nicht nur abends im Fernsehsessel. Gehört werden wir erst, wenn alle die Arbeit hinlegen und auf die Straße gehen. So wie es Länder wie Frankreich, Spanien und Italien vormachen.

Michael Leden, Fulda

► Ich bin etwas enttäuscht. Meiner Meinung nach wurde zu wenig und zu spät was getan.

Gerhard Schuster, Saarbrücken

► Was ist das für eine verkehrte Welt. Da gehen hunderttausend Metaller gemeinsam mit anderen Gewerkschaftskollegen auf die Straße, um gegen die Rente mit 67 zu demonstrieren. Während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihre Rechte kämpfen, gestalten und verantworten hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre in ihrer zweiten bezahlten Funktion als Abgeordnete des Deutschen Bundestags an vorderster Stelle die Rentenkürzungen und setzen sie in ihren Fraktionen durch. Das

heißt, Tausende riskieren ihren Arbeitsplatz, während sich andere doppelt und dreifach auf Kosten der Gewerkschaftsmitglieder absichern.

Jürgen Jentsch, Gütersloh

Leidtragende des Systems

metall 4/2007: Wahltarife bei Krankenkassen

► Es gibt Leute, die sich nicht gesundheitsbewusst verhalten, zu viel oder das Falsche essen, übermäßig Alkohol trinken, rauchen oder gefährliche Sportarten unvernünftig ausüben. Die meisten dieser Leute sind auch noch der Meinung, dass das niemand was

angeht. Sie fordern jedoch, wenn sie krank werden, dass die Allgemeinheit für ihre Genesung aufkommen muss. Die wirklich Leid tragenden in diesem System sind wieder die chronisch Kranken.

Martin B. Schwarz, Sindelsdorf

Leser aktiv beteiligen

metall 4/2007: Leserpost

► Ich finde euren Wettbewerb eine tolle Idee. Es ist sehr schön, dass sich **metall**-Leser aktiv an ihrer Zeitung beteiligen können, auch wenn es »nur« ein paar Bilder sind. Überhaupt sollte man probieren unsere Mitglieder stärker in die Gestaltung mit einzubeziehen. Warum macht man nicht mal einen Schreib-, Mal- oder Bastelwettbewerb?

Werner Rauch, Mossburg

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.

Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 069-66 93-80-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des
Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 061 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweipius.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

In den 14 Jahren seit seinem Rücktritt hatte Franz Steinkühler, der frühere Vorsitzende der IG Metall, viel Zeit zum Nachdenken. Auf seine Memoiren wären viele neugierig, aber statt Bücher zu schreiben, liest er sie lieber. In der Rückschau auf sein bewegtes Leben überwiegt für ihn das Positive: »Die IG Metall hat mir viel gegeben, was ich sonst nie erreicht hätte.«



»Ich werde immer einer bleiben, dessen Pulsschlag ein ganz klein wenig schneller geht, wenn er den Satz sagt: Ich bin ein Metaller.«

Als Zweiter Vorsitzender setzt er seine Unterschrift unter den abschließenden Tarifvertrag zur Arbeitszeitverkürzung. Es kommen gute Jahre für die IG Metall. Die Mitgliederkurve geht nach oben, die Arbeitslosigkeit ist noch nicht so drückend wie wenig später. Steinkühler sagt, nicht jeder neue Arbeitsplatz müsse in Deutschland entstehen – und bekommt Beifall dafür. Er hat sich, aus der Enge der deutschen Provinz kommend, immer als Internationalist gefühlt. Südafrika liegt ihm am Herzen. Die Arbeiter im damaligen Apartheidstaat sollen in deutschen Konzernen die gleichen Bedingungen haben wie ihre Kollegen hier. Steinkühler treibt die Einführung von Mindeststandards im südafrikanischen Arbeitsrecht voran.

Der Zusammenbruch der DDR bringt neue Herausforderungen und für die IG Metall ungeahnte Chancen und Risiken. Fast eine Million neue Mitglieder, aber auch den Aufbau neuer Strukturen, das Erkunden völlig neuer Umstände. An »blühende Landschaften« glaubt Steinkühler nie. Eher an eine langsame, schwierige Angleichung der Lebensverhältnisse. Eben darum geht es im Streik im Mai 1993 in Brandenburg und Sachsen. Mitten hinein platzt der Vorwurf, Franz Steinkühler habe sein Insiderwissen als Aufsichtsratsmitglied bei Daimler genutzt und sich durch Aktienkäufe bereichert.

Was folgt, ist ein Drama – für die IG Metall und ihren Vorsitzenden, der so unangefochten an der Spitze stand. Nach drei Tagen einsamen Nachdenkens gibt er seine Ämter ab, »um weiteren Schaden abzuwenden«. Heute sieht er die Dinge anders: »Ich glaube, ich würde nicht mehr zurücktreten.« Trotz seines unbestrittenen Fehlverhaltens traf er nach kurzer Zeit auf viel Zuspruch – von Belegschaften, die ihn einladen, von Betriebsräten und Hauptamtlichen, die ihn um Rat fragen. Noch immer ist er häufig unterwegs, kennt die IG Metall wie seine Westentasche. Zur Gelassenheit von heute allerdings führten schlaflose Nächte, Vorwürfe und Selbstzweifel. Der Fall vom höchsten Tempo zurück auf Null war fast mehr, als man verkraften kann. Viel Neues war zu lernen: vom Einkaufen und Parkplatzsuchen ohne den gewohnten Fahrer bis zum Erkennen der richtigen und der falschen Freunde. Franz Steinkühler hat wie immer rasch gelernt. Am 20. Mai feiert der frühere Erste Vorsitzende der IG Metall (»der beste Job der Welt«) seinen 70. Geburtstag. ◀

Gabriele Prein

Zu Besuch bei

Franz Steinkühler

Er war als gnadenloser Frühaufsteher gefürchtet. Seine Bürobesprechungen wurden für 8 Uhr anberaumt, und das bedeutete, um 8 Uhr da zu sein, nicht erst anzukommen. Pünktlichkeit – eine Marotte? »Das ist meine Einstellung zur Arbeit«, sagt Franz Steinkühler. »Wenn ich einen Termin habe, rechne ich ein, dass es einen Stau auf der Autobahn geben kann. Staus sind keine Ausrede.« Pünktlichkeit gehört noch immer zu seinen Tugenden; in anderen Dingen ist er nicht mehr so rigide, wie er es früher häufig war. Als Gewerkschaftssekretär in Schwäbisch-Gmünd, als Bezirksleiter in Stuttgart, als Zweiter und schließlich ab 1986 als Erster Vorsitzender der IG Metall. In den Zeiten nahm er übel, als ein wichtiger Mitarbeiter bat, zu Hause arbeiten zu können – der Familie zuliebe. Heute hat er mehr Verständnis für solche Lebensentwürfe.

Sein Weg in der IG Metall: eine Bilderbuchkarriere. Während der Lehre als Werkzeugmacher wird er Mitglied, bald Jugendvertreter und Betriebsrat. Er bildet sich fort,

wird Arbeitsvorbereiter, und findet sich bald auf einer »schwarzen Liste« der Göppinger Arbeitgeber: Sie wollen den aufmüpfigen jungen Mann nicht in ihrem Betrieb. Willy Bleicher, der legendäre Bezirksleiter in Stuttgart, der Nazi-Verfolgung und KZ überlebt hatte, ebnet ihm da den Weg als hauptamtlicher Metaller. Bleichers Lehre ist hart. Bei einer großen Versammlung etwa angelt er seinem jungen Tarifsekretär das gut vorbereitete Redemanuskript vom Pult – ein Gewerkschafter muss frei reden können. Nach ein paar Schrecksekunden fängt sich Steinkühler und spricht ohne Vorlage – so wie er es später fast immer tun wird.

Sein Gesellenstück ist der Streik um den Lohnrahmentarifvertrag II, der Akkordarbeitern bessere Arbeitsbedingungen garantiert. Die »Steinkühler-Pause – fünf Minuten Erholzeit pro Stunde – ist den Arbeitgebern längst ein Dorn im Auge, aber für Bandarbeiter gilt sie noch immer. Als 1984 für die 35-Stunden-Woche gestreikt wird, ist er schon nicht mehr vor Ort in Baden-Württemberg.

Foto: Marius Kirchgessner

Leiharbeit

Rechte kennen – Rechte nutzen

Sie heißen Adecco, Randstad, Manpower oder anders. Gemeint sind Zeitarbeitsfirmen, die davon leben, Arbeitskräfte gegen Bezahlung einem anderen Betrieb zu überlassen: Die so genannten Zeit- oder Leiharbeiter. Sie sind keine Arbeitnehmer zweiter Klasse. Auch sie haben Rechte.

Illustration: PD

Bundesweit sind inzwischen rund 600 000 Menschen als Zeitarbeitnehmer beschäftigt. Zwei Drittel davon alleine in der Metallindustrie. Die Begriffe, die im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerüberlassung verwendet werden, sind oft irreführend. In der Regel spricht man von Zeitarbeit oder Leiharbeit.

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wird es für viele Menschen immer schwerer, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden. Die Lage am Arbeitsmarkt zwingt mittlerweile auch Hochqualifizierte in die Leiharbeit. Über drei Viertel der Leiharbeitnehmer haben heute eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Ursprünglich war die so genannte Zeitarbeit dazu gedacht, kurzfristige Auftragsschwankungen in Betrieben flexibel auszugleichen. Heute verdrängt Leiharbeit zunehmend reguläre Jobs. In den Hamburger Werften beispielsweise sind rund 50 Prozent der Beschäftigten Leiharbeitnehmer. Die IG Metall verurteilt diese Entwicklung

und warnt vor einer Spaltung der Belegschaften in eine Zweiklassengesellschaft. Leiharbeitnehmer haben Rechte, von denen sie entweder gar nichts wissen oder aus Angst um den Arbeitsplatz keinen Gebrauch machen.

Arbeitsverhältnis und -bedingungen

Ein Arbeitsverhältnis besteht nur zwischen der Zeitarbeitsfirma (Verleiher) und dem Arbeitnehmer. Die »Verleiher« überlassen vorübergehend einen Arbeitnehmer einem anderen Unternehmen (Entleiher) zu Arbeitsleistungen. Geschieht dies gewerbsmäßig, gelten die Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG). Der Entleiher muss Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern über die im Betrieb geltenden Arbeitsbedingungen unterrichten. Diese dürfen sich nicht von den Bedingungen der Stammbesellschaft unterscheiden. Beschäftigte müssen über ihre Arbeitsaufgaben und Verantwortung, Art der Tätigkeit und Einordnung in den Betriebsablauf sowie über Veränderungen des Arbeitsbereichs unterrichtet werden. Das gilt auch für

die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Während eines Einsatzes ist nicht nur der Zeitarbeitsgeber, sondern auch die Kundenfirma weisungsbefugt. Sie erteilt die Arbeitsaufträge. Seit 2003 sind Verleihfirmen gesetzlich verpflichtet, ihren Beschäftigten ab dem ersten Tag das gleiche Entgelt zu zahlen, wie vergleichbaren Stammbeschäftigten. Es gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Doch viele Zeitarbeitsfirmen halten sich nicht daran.

Die Bezahlung

Und: Viele haben mit den so genannten »christlichen« Gewerkschaften Tarifverträge auf niedrigstem Niveau abgeschlossen. Die IG Metall spricht hier von »Schein-Tarifverträgen«. Um dem entgegenzuwirken, haben die DGB-Gewerkschaften im Jahre 2004 mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) und dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) einen Flächentarifvertrag abgeschlossen. Auf Basis einer 35-Stunden-Woche müssen im Westen mindes-

tens 7,15 Euro, im Osten 6,22 Euro Stundenentgelt gezahlt werden. Facharbeit ist mindestens 10,20 Euro (West) oder 8,82 Euro (Ost) wert. Bei höheren Anforderungen gibt es mehr. Nach dem BZA-Tarifvertrag West bis zu 16,69 Euro die Stunde. Zuschläge für Mehr-, Nacht- oder Wochenendarbeit werden extra bezahlt.

Nach sechs Monaten Beschäftigung bei der Zeitarbeitsfirma besteht Anspruch auf zusätzliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld von je 150 Euro. Die Jahressonderzahlungen erhöhen sich im dritten und vierten Jahr auf je 200 Euro und ab dem fünften Jahr auf je 300 Euro.

Schutz- und Arbeitsmittel

Wenn Schutzmittel, wie Brille, Helm, Schuhe oder Ohrstöpsel erforderlich sind, müssen diese vom Leiharbeitsunternehmen gestellt werden. Üblicherweise werden diese Mittel aber vom Betrieb gestellt, in dem ein Leiharbeitnehmer eingesetzt wird. Gleiches gilt für Arbeitsmittel, wie Werkzeug oder PC. Ob Schutz- oder Arbeitsmittel: Die anfallenden Kosten müssen nicht vom Leiharbeitnehmer getragen werden. Arbeitsverträge mit solchen Klauseln sind nicht zulässig.

Die Einsatz- und Arbeitszeiten

Der Einsatz im Kundenbetrieb darf seit 2003 auf unbestimmte Dauer erfolgen. In der Regel müssen die täglichen Arbeitszeiten auf einem Stundenzettel aufgeschrieben und von der Kundenfirma abgezeichnet werden. Wichtig: Bevor die Meldungen an den Arbeitgeber übermittelt werden, eine Kopie von dem unterschriebenen Exemplar machen. So kann am Monatsende kontrolliert werden, ob die Zeit richtig abgerechnet wurde.



Krankheit oder Urlaub

Krankheit muss sofort gemeldet werden. Das Beste: sofort zum Arzt, um eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegen zu können. Parallel auch die Kundenfirma informieren. Sechs Wochen volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gilt auch für Leiharbeitnehmer.

Im ersten Beschäftigungsjahr gibt es 24 Arbeitstage Urlaub. Dieser muss schriftlich bei der Zeitarbeitsfirma beantragt werden. Erst wenn dieser schriftlich bestätigt wird, darf man in Urlaub gehen.

Betriebsrat, Warnstreik, Streik

Leiharbeitnehmer dürfen die Sprechstunden des Betriebsrats aufsuchen und an Betriebsversammlungen teilnehmen. Wer über drei Monate in einem Betrieb eingesetzt ist, darf an Betriebsratswahlen teilnehmen und sich in den Betriebsrat wählen lassen.

Und: Leiharbeitnehmer müssen sich nicht als Streikbrecher missbrauchen lassen. Sie können die Arbeit im bestreikten Betrieb verweigern und bekommen Lohnfortzahlung, und zwar solange, bis der Verleiher eine Arbeit in einem anderen Betrieb anbietet. ◀

Antonela Pelivan / Dirk Erb

INFORMATIONEN, TIPPS UND HILFE

► **www.igmetall-zoom.de** ist ein Angebot der IG Metall, das Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern die Möglichkeit zur Vernetzung bieten soll. Unter dieser Adresse gibt es Informationen zum Thema Leiharbeit, zum Beispiel über Arbeits- und Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen. Neben der Kommunikation steht das Netzwerk Arbeitnehmern auch bei Fragen rund um Zeitarbeit zur Verfügung. Einfach eine E-Mail an **info@igmetall-zoom.de** senden. **Zoom** steht für »ZeitarbeiterInnen ohne Organisation machtlos«.

► **www.franz-kuenstler-ev.de** ist die Adresse vom Franz Künstler e.V. – Verein für Ar-

beitnehmerbildung. Der Verein berät Arbeitnehmervertretungen aller Branchen im Bereich Zeitarbeit, Arbeitnehmerdatenschutz oder EDV-Einsatz im Unternehmen. Neben der allgemeinen Beratung ist die Sachverständigentätigkeit bei Entwicklung und Durchsetzung betrieblicher Regelungen in Form von Betriebs- oder Dienstvereinbarungen der Schwerpunkt des Angebots.

► **0351-86 33 223** ist die Nummer vom **Service-Telefon »Zeitarbeit«**. Es steht IG Metall-Mitgliedern montags bis donnerstags von 7.30 bis 17 Uhr, freitags von 7.30 bis 13.30 Uhr zur Verfügung.



RECHT **so**



metall: Wenn ein Arbeitnehmer krank geschrieben ist, bedeutet das nicht automatisch, dass er das Bett hüten muss. Was darf er tun, wenn er arbeitsunfähig geschrieben ist? Hängen seine Rechte und Pflichten auch von der Art der Erkrankung ab?



Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Die wichtigste Pflicht besteht – wie fast immer – darin, den Arbeitgeber unverzüglich zu informieren, in diesem Fall über die Erkrankung und ihre wahrscheinliche Dauer. Unverzüglich, das bedeutet: Der Chef muss bei Arbeitsbeginn des ersten Krankheitstages die Krankmeldung erhalten. Es reicht nicht aus, einen Brief in die Post zu stecken. Die Information kann aber durch einen Dritten erfolgen.

Dauert die Krankheit länger als drei Kalendertage – das Wochenende wird also gegebenenfalls mitgezählt –, muss der Arbeitnehmer am darauffolgenden Arbeitstag eine ärztliche Bescheinigung vorlegen, wenn Tarif- oder Arbeitsverträge nicht andere Fristen vorgeben. In besonderen Fällen, etwa bei häufigen Kurzerkrankungen, kann der Arbeitgeber diese Bescheinigung auch schon am ersten Tag verlangen. Hat ein Arbeitgeber ernsthafte Zweifel an der Krankschreibung, kann er von der Krankenkasse verlangen, den medizinischen Dienst einzuschalten.

Krank geschriebene Arbeitnehmer dürfen alles tun, was die Genesung nicht verzögert. Wer eine

Atemwegserkrankung hat, muss verräucherte Gaststätten meiden. Mit einem Beinbruch hingegen spricht nichts gegen ein Feierabendbier. Fast immer erlaubt sind Einkäufe und Spaziergänge.

Eine Krankheit während des Urlaubs sollte ebenfalls angezeigt werden. Diese Tage gelten nämlich dann als Kranken-, nicht als Urlaubstage. Wiederrum gilt: Der Arbeitnehmer muss den Arbeitgeber schnellstens über die Krankheit informieren und ergänzend seine Urlaubsadresse mitteilen. Ein Arzt am Unfallort sollte die Krankheit attestieren und das Attest am vierten Krankheitstag dem Arbeitgeber vorliegen. Wer sich an diese Spielregeln hält, wird in der Regel mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall rechnen können. ◀

► **Weitere Fragen** rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

Gesundheitsreform

NEUES FÜR GESETZLICH VERSICHERTE

Seit 1. April ist die Gesundheitsreform in Kraft. Für gesetzlich Versicherte gibt es relevante Änderungen. Das Wichtigste im Überblick.

Medizinische Versorgung: Ambulante und stationäre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden Pflichtleistung. Der Rechtsanspruch umfasst insbesondere auch Maßnahmen der Rehabilitation älterer Menschen.

Patienten mit bestimmten schweren oder seltenen Krankheiten (etwa Krebs, Mukoviszidose) wird der Zugang zur ambulanten Behandlung im Krankenhaus erleichtert. Grund: Patienten haben dadurch die Möglichkeit auf eine professionelle Therapie. Zum anderen können sie leichter zu Hause gepflegt werden.

Weitere Pflichtleistungen: Empfohlene Impfungen und Eltern-Kind-Kuren.

Außerdem wird von Versicherten mehr Eigenvorsorge verlangt. So müssen sie regelmäßig an Check-Ups teilnehmen, um etwa Bluthochdruck, Diabetes und andere chronische Krankheiten frühzeitig zu erkennen. Auch die Krebsvorsorge gehört dazu. Die Praxisgebühr von zehn Euro wird nicht fällig, wenn es sich um eine reine Vorsorgemaßnahme handelt.

Kranke müssen sich therapiegerecht verhalten und an Behandlungsprogrammen teil-

Meldungen



Bücher

Gerechtigkeit – ein vergessener Wert?

Ein Buch für unsere politische Kultur und eine scharfe Auseinandersetzung mit Tendenzen, die eben diese Gerechtigkeit abschaffen wollen.

Wer den Menschen nur als Kostenfaktor sieht, missachtet seine Würde. Auch in Zeiten der Globalisierung und knapper werdender Kassen sind Menschenwürde und sozialer Zusammenhalt kein Klotz am Bein. Ein klärender Beitrag zur

aktuellen Debatte und die Betonung eines Wertes, der zunehmend verloren zu gehen scheint. ◀

► Norbert Blüm: »Gerechtigkeit – Eine Kritik des Homo oeconomicus«. Verlag Herder (Spektrum), Freiburg, sieben Euro.



Foto: Bildbox

Arzneimittel können teuer werden, wenn sie über der Höchstgrenze liegen

nehmen. Wer Vorsorgeuntersuchungen versäumt und später schwer krank wird, muss mehr bezahlen. Im Krankheitsfall müssen nicht wie bisher maximal ein, sondern zwei Prozent aus eigener Tasche dazu gezahlt werden.

Bei verschreibungspflichtigen Medikamenten werden Höchstgrenzen im Preis festgelegt.

Wahltarife: Gesetzliche Krankenkassen müssen und können bestimmte Wahltarife anbieten. Das so genannte Hausarztmodell gehört ab sofort zur Pflichtleistung. Weitere Tarifmöglichkeiten sind so genannte Bonusprogramme mit Selbstbehalt

oder Rückerstattungen sowie solche, in deren Rahmen auch homöopathische Arzneimittel bezahlt werden.

Vorsicht: Ein Bonus- und Prämienangebot scheint auf den ersten Blick – gerade für junge, gesunde Singles – lukrativ zu sein, birgt aber unkalkulierbare Risiken: Wer doch einmal krank wird oder gar einen Unfall hat, ist möglicherweise nur zum Teil abgesichert. Und: Für alle Tarife, die die Kasse freiwillig anbietet, gilt eine Mindestbindungsfrist von drei Jahren.

Mehr Infos zur Reform gibt es im Internet unter:

www.die-gesundheitsreform.de ◀

Ferientipps

► **Urlaub in Österreich:** Das Sozialwerk der österreichischen Gewerkschaft Bau-Holz, eine Schwesterorganisation der IG Metall, bietet in seinen Hotels für Mitglieder der IG Metall zwei Ferienwochen an:

► **Wanderwoche »Aufi muass i«** vom 11. bis 18. August zum Sonderpreis von 329 Euro im Hotel Tauernblick, Hochstraße 399 in A-8970 Schladming, Telefon 0049-3687-22001. Weitere Informationen im Internet:

www.hotel-tauernblick.at, E-Mail: haus.tauernblick@gbh.oegb.or.at

► **Wanderwoche** vom 29. September bis 6. Oktober für 319 Euro im Hotel Alpenhof, Brandseitweg 18 in A-6365 Kirchberg in Tirol, Telefon 0043-537-23890. Weitere Informationen im Internet:

www.kirchberg-alpenhof.at und E-Mail: haus.alpenhof@gbh.oegb.or.at

Im Angebot enthalten: sieben Übernachtungen, Frühstücksbuffet und Halbpension, geführte Wanderungen. ◀



Foto: PR

Wanderweg ums Hotel Tauernblick: Herrliche Landschaft



Foto: PR

Schwimmbad im Hotel Kirchberg: Großzügige Angebote

Anzeige

Alg II und Sozialhilfe

Leitfaden – 123 Stichworte von A bis Z

Mit dem »Fortentwicklungsgesetz der Grundsicherung für Arbeitslose« wurden die Sanktionen für Erwerbslose und Hilfebedürftige erheblich verschärft. Die Fragen zum Arbeitslosengeld reißen nicht ab. Viele zuständige Behörden geben oft Auskünfte, die verunsichern und Angst machen.

Für den nötigen Durchblick sorgt der »Leitfaden Alg II/ Sozialhilfe von A – Z« der AG TuWas. Im ersten Teil des Leitfadens ist ein Stichwortverzeichnis zu den Leistungen zu finden.

Im zweiten Teil »Sich wehren von A – Z« werden alle Fragen und Stichwörter zum Vorgehen gegenüber den zuständigen Behörden beantwortet. Im Anhang finden sich zahlreiche Adressen von unabhängigen Initiativen und Beratungsstellen sowie nützliche Internetlinks. ◀

► **Bestellung zum Preis von acht Euro (inklusive Versand) über:** AG TuWas, Gleimstraße 3, 60318 Frankfurt, E-Mail: agtuwas@web.de, Telefon 069-1533-2829, Fax 069-1533-2633.

Monatsrätsel...

Regie- bündnis	gefrore- ner Tau	Bild- ein- fassung	Him- mels- rich- tung	kroatische Adria- insel	Arbeits- ausstand	un- ge- bunden frz. Autor † (Julien)
Redner in der Antike				Schweiz, TV- Gesellschaft Abbildung (Abk.)		13
	2	Sportler mit Roll- brett oder -schuhen			1	
hartnäckig			französ. Weichkäse			4
Preis- grenze		eine der Gezeiten	Spitzname von Scholz †			
	5	Konjunk- tion		6	Stadt in Baden- Württbg.	
Kurz- w. für den Nickel- Eisen- Erdkern	Ausruf des Erstaunens PC-Anwen- der (engl.)		12	atomares Teilchen Bruder des Zeus		
	englischer Artikel	Kraftwerk (Kurzwort) Wenderuf b. Segeln			Be- tonungs- zeichen	
alt-nord. Gott				Erstaus- gabe (Abk.)		
italien. Wirtshaus		9	Erkennt- lichkeit	Kampfbahn		
	7		Transpa- rentbild			
Schande, Schmach	Skat- ausdruck Denkschrift (Kurzwort)	Zufluss der Fulda			3	Neben- fluss der Maas
offener Lauben- gang	Haupt- stadt von Italien	Segeltau auf Schiffen	Rhone- zufluss			
			Papstname	jetzt		
	10			Pferdestär- ke (Abk.)	11	
mittel- großer Seevogel		8	Rolle in einem Theater- stück			
anrüh- lich, unheilvoll, bedenklich						

Lösungswort Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Mai 2007 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus März: Ausbildungsabgabe

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder

► einen **IFA-Gutschein** im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung).

► ein **IG Metall-Taschenmesser**

► eine **IG Metall-Sicherheitsweste**

► ein **IG Metall-Becher**

als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir zwei **IG Metall-Fußbälle**

Der Zusatzgewinn im März:

Je ein IG Metall-Fußball geht an:

Armin Donhauser, Regensburg
Eddi Klug, Königsberg

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: drei Tage für zwei Personen im Doppelzimmer/HP im IFA-Ferienpark Rügen ***/Ostseebad Binz

2. Preis:
Ein original
Steiff-Teddy
»Petsy«



3. Preis:
ein IG Metall-
Verbandkasten

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 4 bis 6 auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2007 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie einen der drei **Hauptpreise** gewinnen. Und als Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **56 Euro**.

Die **ACE-Klubmitgliedschaft** gewinnt:
Jörg Götze, Zeitz

Unsere **Gewinner** des Drei-Monats-Rätsels Teil 1-2 und 3

1. Preis: Gareth Willis, Recklinghausen

2. Preis: Heike Höhne, Leipzig

3. Preis: Manfred Kufer, Donauwörth

Drei-Monats-Rätsel...

Teil 5

Wortschatz

1) Aralie

- a) Regalbrett.....STAR
- b) Zierpflanze.....WA
- c) Zeitmessgerät.....TRS
- d) Studentenblume.....DU

2) Cottbus

- a) Lehrgang.....VER
- b) Stadt in NRW.....DRA
- c) Herrenschoßbrock.....PL
- d) Stadt an der Spree.....SI

3) Fama

- a) Textilarbeiter.....CR
- b) Gehege.....PQ
- c) Ruf, Gerücht.....ND
- d) Sitz, Form.....MOS

4) Gneis

- a) Schiefergestein.....IRS
- b) Insekt.....PRU
- c) Kachelart.....ST
- d) Felsstück.....OP

5) Hostie

- a) kleiner Berg.....DRA
- b) Blendwerk.....ABE
- c) Abendmahlsbrot.....TE
- d) Personalausweis.....FRA

6) Laktose

- a) junge Schafe.....SPN
- b) Gliedstaaten.....NOF
- c) Verkehrsweg.....PGED
- d) Milchzucker.....CKT

Kennen Sie die folgenden Wörter? Bei richtiger Lösung ergeben die rechts stehenden Buchstaben den fünften Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch Teil 1-2 und 3:

28 Ist der Mensch nicht mehr im Bilde, bleibt ihm noch die Altersmilde

MITGLIEDER WERBEN MITGLIEDER



Auch die Tarifrunde 2007 will die IG Metall wieder nutzen, um Mitglieder zu werben.

In keiner Zeit ist die Organisation so präsent wie in einer Tarifrunde. In den Tageszeitungen, im Fernsehen, auf dem Flugblatt im Betrieb – überall ist zu lesen, was die IG Metall fordert. Es gibt keine bessere Gelegenheit, um Beschäftigten die Vorteile einer Mitgliedschaft vor Augen zu führen und Mitglieder zu werben. Denn



Nur gemeinsam sind wir stark.

metall verlost unter den ersten fünf Metallerinnen und Metallern, die seit 1. März ein Mitglied geworden haben, fünf attraktive Preise.



Die Antwort bitte bis 15. Mai 2007 senden an:

Redaktion Metall
– Stichwort Mitglieder werben Mitglieder –
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main



Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Unterm Strich ein Minus



Foto: Michael Schinke

WILFRIED KURTZKE ÜBER DIE MEHRWERTSTEUER-ERHÖHUNG

steuer auf die Preise die Inflationsrate um 1,35 Prozentpunkte steigen würde. Auch die Wirkungen auf Wachstum und Konjunktur ließen nichts Gutes erwarten.

Jetzt ist es April. Die Mehrwertsteuer wurde vor drei Monaten angehoben. Was ist passiert? Scheinbar nichts. Die Verbraucherpreise stiegen im Januar und Februar langsamer als noch im Jahresdurchschnitt 2006. Die Konjunktur läuft weiter auf Hochtouren. Die Wirtschaftsforschungsinstitute korrigieren ihre Wachstumsprognosen für dieses Jahr fast wöchentlich nach oben. Der befürchtete Einbruch ist nicht abzusehen.

Warum lagen fast alle Prognosen daneben? Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Energiepreise sind stark gefallen. Das hat an der Preisfront für Beruhigung gesorgt. Außerdem

hat sich die Konjunktur derart kräftig entwickelt, dass selbst ein so heftiger Schock verdaut werden konnte. Hat also eine unglückselige (Steuer-)Politik durch glückliche Umstände keinen Schaden anrichten können? Keineswegs, wie ein Blick auf die Verteilungswirkungen zeigt.

Steuern sollen nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden. Darum ist der Ein-

kommensteuertarif progressiv gestaltet: Menschen mit hohem Einkommen zahlen einen höheren Steuersatz. Die Mehrwertsteuer wirkt dagegen degressiv. Bürger mit hohem Verdienst zahlen, im Verhältnis zu ihrem Einkommen, weniger Steuern, weil sie einen kleineren Anteil ihres Einkommens für die alltäglichen Dinge ausgeben müssen, auf die Mehrwertsteuer erhoben wird. Sie haben eine hohe Sparquote und können viel in die Geldkapitalbildung investieren, auf die keine Mehrwertsteuer erhoben wird.

Ungerechtigkeit verstärkt

Abgemildert – aber nicht aufgehoben – wird dieser Effekt durch die Mehrwertsteuerfreiheit von Wohnungsmieten und den verminderten Mehrwertsteuersatz von weiterhin sieben Prozent für verschiedene Dinge des Grundbedarfs.

Die gesamte Steuerpolitik verstärkt die ungerechte Verteilung. Die Liste der Steuererhöhungen, von der vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind, ist lang. Gleichwohl sollen die Unternehmensteuern gesenkt werden. Arbeitnehmer und Verbraucher finanzieren die Konsolidierung des Staatshaushalts, während Unternehmen entlastet werden.

Weniger für privaten Konsum

Durch die Mehrwertsteuererhöhung (einschließlich Versicherungssteuer) verlieren Arbeitnehmerhaushalte im Jahr 200 bis 400 Euro. Das ist in jedem Fall erheblich mehr, als sie durch die niedrigeren Sozialversicherungsbeiträge gewinnen. Arbeitslose, Rentner und Studierende haben gar keinen Ausgleich. Auch wenn die negativen Effekte auf die Preise durch sinkende Energiekosten aufgefangen wurden, bleibt weniger im Geldbeutel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hängen. Denn ohne die höhere Mehrwertsteuer hätten sie stärker von den fallenden Energiepreisen profitiert. Dieses Geld hätten sie alle gut gebrauchen können. Es hätte auch dem privaten Konsum auf die Sprünge geholfen. ◀

Vor einem Jahr haben viele Ökonomen die wirtschaftliche Entwicklung für 2007 in eher düsteren Farben gemalt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte für einen kräftigen Preisschub sorgen, die Konjunktur einen kräftigen Dämpfer erhalten. Immerhin ergaben Berechnungen des Statistischen Bundesamts, dass bei einem vollen Überwälzen der höheren Mehrwert-

Zur Person

Steuerfachmann der IG Metall

Wilfried Kurtzke, 48, arbeitet beim IG Metall-Vorstand im Funktionsbereich Wirtschaftstechnologie-Umwelt (Ressort Wirtschaft und Statistik). Er ist unter anderem für Steuer- und Finanzpolitik zuständig. Kurtzke hat in Bremen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre studiert. Veröffentlichungen zu: Tarifpolitik, Arbeitsmarkt, Ostdeutschland, Strukturpolitik, allgemeine Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Solidarische Einfachsteuer und in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Ganz neu – unser IGeL – Bonusheft!
Schon ab 100 Treue-Punkten bekommen Sie
von uns eine kostenlose...



... Ohrenschmalzdichte-Messung und bei
Zuzahlung von nur 4 Euro bestimmen wir Ihren
Naseninnendruck!